Auraser Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Auras.

Erscheint jeden Sonnabend.

Anzeigen und örtliche Berichte für das „Auraser Stadtblatt“ werden bis Donnerstag mittag jeder Woche an die Buchdruckerei von Maretzke & Märtin in Trebnitz in Schlesien erbeten

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Abholung von der Post 75 Pf., durch den Austräger die Nummer 10 Pf.

Anzeigenpreis: bei einmaliger Aufnahme die kleine Zeile 30 Pf., bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 43. Sonnabend, den 25. Oktober **1919.**

Tag.	Datum.	S.-A.	S.-U.	Mond-Aufgang.	Mond-Untergang.
Sonntag	26. Oktob.	6 42	4.45	vorm. 9.20	nachm. 5.59
Montag	27 „	6.44	4 43	„ 10.15	„ 6.42
Dienstag	28 „	6.46	4 41	„ 11. 4	„ 7.31
Mittwoch	29 „	6.47	4.39	„ 11.46	„ 8.27
Donnerstag	30 „	6.49	4.38	nachm. 12.22	„ 9.29
Freitag	31 „	6.51	4.36	„ 12.53	„ 10.34
Sonnabend ☽	1 Novemb.	6 53	4 34	„ 1.21	„ 11.43

Es soll der Hausfrau Stolz,
Der Hausfrau Freude sein;
Blitzblank des Spindes Holz,
Das Leinen blütenrein.

Marktkalender (K=Kram-, P=Pferde-, V=Viehmarkt).

27. Okt. Landeshut (K.), Ruhland (K.), Sprottau (K.), Zobten Bez. Breslau (K.). **28.** Brieg (V.), Bunzlau (K.), Deutsch Neukirch (K.). Landeshut (KRindvP.), Peiskretscham (KV.) **29.** Bunzlau (RindvP.), Carlsruhe (RindvP.), Gleiwitz (2 RindvP.), Lähn (K.), Naumburg a. B. (KRindvP.). **30.** Alt Budkowitz (RindvP.), Reinthal (KV.).

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsschatzminister erklärt, daß die Kosten der feindlichen Besatzung im Westen jährlich etwa drei Milliarden betragen werden.

* Nach dem Valutaabkommen mit Holland gewährt uns dieses einen Kredit in vorläufiger Höhe von 40 bis 50 Millionen Gulden.

* Der Zentrumsabgeordnete Gröber ist in Berlin von einer Ohnmacht befallen worden und auf der Straße zusammengebrochen. Zu Besorgnissen soll kein Anlaß sein.

* Zur Behebung der Kartoffelknappheit werden solche aus Polen und Dänemark eingeführt.

* Die österreichische Nationalversammlung hat den Friedensvertrag ohne Debatte angenommen.

* Die neugebildete bulgarische Regierung hat sich entschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

* Präsident Poincaré hat die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland unterzeichnet.

* Sir William H. Selby, früherer Privatsekretär von Sir Edward Grey, wurde zum britischen Geschäftsträger in Berlin ernannt und wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten sofort antreten.

* Von Newyork sind 5000 Mann amerikanischer Truppen zur Besetzung Oberschlesiens abgegangen.

* Von der Preußischen Landesversammlung wurde der Gesetzentwurf über Schaffung einer besonderen Provinz Oberschlesien in dritter Lesung endgültig angenommen.

* In der preußischen Landesversammlung ist ein Antrag sämtlicher Parteien auf Erhöhung der Lehrergehälter eingegangen.

* Die demokratische Partei lehnt in einer offiziellen Fraktionserklärung eine Feier am 9. November ab.

* Die Ostafrikadeutschen, die seit Jahren in englischer Gefangenschaft schmachten, werden nun endlich nach Deutschland befördert.

* Die Bewohner des Memelgebietes verlangen in einer Eingabe an die Reichsregierung, bei Deutschland zu bleiben.

* Der bayerische Ministerrat hat das Todesurteil gegen den Geiselmörder Kammerstetter bestätigt. Das Urteil wurde sofort vollstreckt.

* Zur Bekämpfung des Schleichhandels soll ein besonderes Gesetz geschaffen werden.

* Der König von Spanien hat sich nach Paris begeben.

* In einer Proklamation erklärt d'Annunzio Fiume zum Freihafen.

* Die Republik Uruguay hat den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

* Das Befinden Wilsons hat sich gebessert, so daß keine Operation nötig ist.

* Die argentinische Regierung hat alle amerikanischen Republiken zu einem Kongreß nach Buenos Aires eingeladen, der durch ein gemeinsames Abkommen eine allgemeine Senkung der Preise erzielen soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Eine Vertretung Westrußlands in Berlin.** Zum diplomatischen Vertreter des Zentralrates für Westrußland wurde Baron Knorring ernannt. Er hat bereits seine Tätigkeit in Berlin aufgenommen. Der westrussische Zentralrat hat die deutsche Regierung um die Aufrechterhaltung des deutschen Eisenbahnbetriebes im Baltikum ersucht. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt.

✚ **Der Reichsrat** genehmigte den Ergänzungsetat des Reichswirtschaftsministeriums, der u. a. eine erhebliche Vermehrung des Personals vorsieht. Im außerordentlichen Etat sind erhebliche Zuschüsse zu Handelsschiffneubauten und wiederum 2½ Milliarden zum Ankauf ausländischer Lebensmittel eingestellt.

✚ **In der preußischen Landesversammlung** wurde der Haushaltungsplan für die Forstverwaltung beraten. Dabei wurde festgestellt, daß der preußische Staat durch die Abtretungen im Osten allein 50 Millionen an Einnahmen aus den Forsten verliert. Trotzdem gedenkt die Forstverwaltung mit einem Überschuß von 160 Millionen Mark abzuschließen. Der Etat wurde genehmigt.

✚ **Unsere Waffenverkäufe an die Tschechen.** Im Hauptausschuß der Nationalversammlung gab der Reichsschatzminister zu, daß große Teile unserer Heeresbestände im Werte von mehr als hundert Millionen mit ausdrücklicher Zustimmung der Entente an den tschechoslowakischen Staat verkauft worden sind. Es handelt sich um solche Bestände, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zur Verfügung der Entente gehalten werden müßten, nicht um an Gegner ausgeliefert, sondern, um unter Aufsicht der Entente zerstört zu werden. Die von General Dupont schriftlich erteilte Genehmigung zum Verkauf bedeutet auch insofern für uns einen Vorteil, als die Tschecho-Slowakei uns dafür mit Rohstoffen, insbesondere mit Braunkohlen, versorgt hat.

✚ **Zahlung der ersten 20 Milliarden für die Entente.** Einer Meldung aus Köln zufolge sind dem Vernehmen nach die ersten 20 Milliarden Mark, die nach dem Friedensvertrage Deutschland auf die Wiedergutmachung als Schuld zu zahlen hat, mittlerweile in Form von Warenlieferungen bereits zum größten Teile entrichtet worden.

:: **Gegen die hohen Besatzungskosten im Rheinland,** die in einer Regierungsvorlage auf jährlich 2½ Milliarden geschätzt werden, nimmt der Haushaltsausschuß des Reichstages Stellung. Er protestiert und fordert von der Entente die Herabsetzung der Ansprüche.

✚ **Die amerikanische Besatzungsarmee für Oberschlesien.** Der Dampfer „Präsident Grant“ hat mit 5000 für die Besetzung Oberschlesiens bestimmten amerikanischen Soldaten Newyork verlassen. Der Transport wird am 25. Oktober in Brest erwartet.

✚ **Die Entscheidung in der Memelfrage.** Aus Paris wird gemeldet, daß der Oberste Rat bezüglich des Gebietes von Memel eine Antwort auf die Note der deutschen Delegation entworfen hat, worin er es ablehnt, mit Deutschland über diese Frage in Diskussion zu treten, da Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles auf seine Rechte über dieses Gebiet verzichtet habe.

✚ **Für die Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens.** Die elsaß-lothringische Sozialistenkonferenz hat an die französische Regierung folgende Forderungen gerichtet: Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens, Gleichstellung der deutschen Sprache als Amtssprache mit der französischen, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke. Die sozialistische Kandidatenliste für die sieben Kammermandate des Oberelsaß enthält unter anderen die Namen Jean Martin und Grumbach. Die Sozialisten rechnen auf drei Mandate.

✚ **Sondersteuer für die Reklamierten.** Zum Reichsnotopfergesetz ist in der Nationalversammlung der Antrag gestellt worden, alle im Kriege Reklamierten, die für die Reichsnotopferabgabe in Frage kommen, mit einem Zuschlag von 5 % für jedes angefangene Jahr ihrer Wehrpflichtbefreiung zu belegen. Vorübergehende Zurückstellungen bis zur Dauer von sechs Monaten begründen keine Zahlungspflicht. Abgabepflichtige mit mehr als ein Jahr Frontdienst bleiben vom Zuschlage befreit.

✚ **Erhöhung der Lehrergehälter.** Im Staatshaushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung haben sämtliche Fraktionen durch ihre Vorsitzenden folgenden Antrag zur Beratung bei den Verhandlungen über den Haushalt des Unterrichtsministeriums eingebracht: „Die Staatsregierung zu ersuchen, zur schleunigen Abhilfe von schweren Mißständen in der Besoldung der Volksschullehrkräfte eine Gesetzesvorlage einzubringen, die 1. eine gleichmäßige Regelung des Grundgehalts und der Alterszulagen in allen Schulverbänden Preußens unter Aufhebung der Ortszulagen vorsieht, 2. die Gleichstellung der Besoldung der Volksschullehrkräfte mit der der Sekretäre der allgemeinen Staatsverwaltung bringt, 3. die Lehrerinnen bei Übernahme gleicher Pflichten in der Besoldung mit den Lehrern gleichstellt. Mit dieser Vorlage sind Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der entstehenden Kosten zu verknüpfen.“

Polen.

× **Polens Grenzen.** Nach Meldungen aus Paris hat die Entente jetzt die Ostgrenze Polens festgesetzt. Danach erhält Polen den ganzen Bezirk Suwalki, den Bezirk Augustowo, mit Ausnahme einer kleinen nordwestlichen Ecke, den größeren Teil des Bezirks Seiny, ferner vom Gouvernement Grodno die Bezirke Sokul, Bialystok und Bjelsk. Die Grenze verläuft sodann längs des Bugflusses bis zur alten österreichisch-russischen Grenze und längs dieser Grenze bis zum Dnjestr. Bei Brest-Litowsk bauscht sich diese Grenze zugunsten Polens aus. Das Schicksal von Wilna, Grodno und Minsk ist noch nicht entschieden. Aber auch so kommen fast vier Millionen Ukrainer und Hunderttausende Litauer neben den Ostmarkdeutschen und Weißrussen unter die national äußerst unduldsame Herrschaft der Polen.

Deutsch-Österreich.

× **Debattenlose Annahme des Friedensvertrages.** Die Nationalversammlung hat den Friedensvertrag ohne Erörterung angenommen. Das bisherige Ministerium hat seine Entlassung genommen und ist durch ein Koalitionskabinett aus Christlich-Sozialen und Mehrheitssozialisten ersetzt worden. Die Staatssekretäre Bauer und Schumpeter sind nicht mehr darin vertreten.

× **Autonomie für Südtirol.** Eine Abordnung aus Südtirol überreichte dem italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine formelle grundsätzliche Erklärung gegen die Einverleibung des Gebietes in Italien und erklärte ferner die Bereitwilligkeit der vereinigten deutschen Parteien zur aufrichtigen Mitarbeit mit der italienischen Regierung für die Wiederaufrichtung und Entwicklung ihres Landes unter der Voraussetzung, daß die Regierung eine liberale Politik ausübe und eine weitgehende politische administrative Autonomie Deutsch-Südtirols anerkenne, insbesondere bezüglich der Sprache, der lokalen Eigenheiten und der wirtschaftlichen Interessen. Nitti versicherte der Deputation seine und der Regierung grundsätzliche Übereinstimmung mit den Erklärungen der Deputation, namentlich was die sprachlichen und nationalen Rechte und wirtschaftlichen Interessen angehe.

Ungarn.

× **Fünf Thronanwärter.** Der ungarische Ministerpräsident Friedrich hat eine aufsehenerregende Erklärung zugunsten der monarchischen Staatsform abgegeben, die nach seiner Auffassung im ungarischen Volke wurzele. Mit Ausnahme der Sozialisten und einer kleinen republikanischen Gruppe sind alle Parteien in Ungarn Anhänger des Königtums, einschließlich des liberalen Bürgertums unter Vaszonyi. Man erwartet für die Gesetzgebende Nationalversammlung eine monarchistische Mehrheit als Wahlergebnis. Als Kandidaten für die Königskrone gelten der Exkaiser Karl oder, wenn dies auf Schwierigkeiten stößt, sein kleiner Sohn Otto, ferner Erzherzog Josef oder ein fremder Prinz, vielleicht der Herzog von Teck (ein Sohn einer siebenbürgischen Gräfin) oder Prinz Cyrill von Bulgarien. Auch Graf Andrassy hat sich vor kurzem gegen die Republik ausgesprochen.

Serbien.

× **Eine Verschwörung gegen den Kronprinzen.** Eine Verschwörung gegen den serbischen Kronprinzen Alexander wurde in Agram entdeckt. Aus diesem Anlaß sind mehrere hundert Personen verhaftet worden. Der Grund der Verschwörung liegt höchstwahrscheinlich darin, daß kroatische Truppen mit Gewalt zu dem Eid auf König Peter gezwungen wurden.

Bulgarien.

× **Auslieferung König Ferdinands gefordert.** Die bulgarische Bauernpartei hat beschlossen, der Sobranje vorzuschlagen, den ehemaligen Zaren Ferdinand und die ehemaligen Ministerpräsidenten Radoslawow und Malinow vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Die bulgarische Regierung soll Deutschland um Auslieferung des ehemaligen Zaren ersuchen. Weiter schlägt die Partei vor, die Güter des Zaren zu konfiszieren.

Frankreich.

× **Amnestie unter Ausschluß der Deserteure.** Die französische Kammer hat eine Amnestie beschlossen. Soldaten, die revoltiert haben, sind davon ausgeschlossen, ebenso die Deserteure, die sich drei Monate im Inlande, und die, welche sich sechs Monate im Auslande von der Truppe unerlaubt entfernt hatten.

Großbritannien.

× **Dewet für Deutschland.** Der ehemalige Burengeneral Dewet in Englisch-Südafrika erhebt öffentlich Einspruch gegen die Besitzergreifung Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrikas durch die Union. Dewet nennt die Eroberung dieser beiden deutschen Kolonien ungesetzlich und erklärt, solange sie im Besitze des südafrikanischen Volkes seien, würden sie wie eine Feuersbrunst wirken. Der Einfall in die deutschen Kolonien sei ungerechtfertigt gewesen. Dewet appelliert an das afrikanische Volk, daß Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika ihrem rechtmäßigen und gesetzlichen Besitzer zurückgegeben werden.

✚ **Gegen den Frieden des Diebstahls und Unrechtes.** In der Debatte im südafrikanischen Parlament mißbilligten ebenso wie Dewet auch die übrigen Burenvertreter den Friedensvertrag auf das schärfste. Er sei ein unehrliches Dokument voller Ungerechtigkeit und Heuchelei, ein Dokument des Diebstahls und des Unrechts. Die Redner protestieren gegen den Vertrag, der über jede Menschlichkeit triumphiert, Rachgier und Verrat atmet und den von allen ersehnten Frieden unmöglich mache.

Aus In- und Ausland.

Köln. Die englische Kommission in Köln setzte die deutsche Regierung davon in Kenntnis, daß mit der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus den englischen Kolonien bereits begonnen worden ist.

Bern. Wie schweizerische Blätter erfahren, beabsichtigt die bulgarische Regierung die Beschlagnahme der Vermögen und Immobilien der deutschen, österreichischen, ungarischen und türkischen Untertanen und ihrer Depots bei bulgarischen Banken.

Bern. Als Kriegsfreiwillige sind nach einer Statistik in der französischen Armee 1467 Schweizer gefallen. Insgesamt wird die Zahl der schweizerischen Kriegsfreiwilligen in der französischen Armee auf 3200 beziffert.

Paris. Im Prozeß der „Gazette des Ardennes“ hat der Staatsanwalt gegen sieben Angeklagte, die Mitarbeiter des Blattes waren, die Todesstrafe beantragt.

Rom. Es verlautet, daß es in der Fiumefrage zu einem ernsten Meinungsstreit in der königlichen Familie in Rom gekommen ist. Der Herzog von Aosta wird Italien höchstwahrscheinlich verlassen und nach Belgien gehen.

Rom. Die deutsche Regierung hat den Palast Torlonia in Rom endgültig als Sitz der deutschen Regierung angekauft.

Nah und Fern.

Hamburger Außenhandelsmesse. Zur Schaffung einer großen Hamburger Außenhandelsmesse hat sich ein Ausschuß gebildet. Es soll entgegen dem Vorbild von Leipzig und Frankfurt hauptsächlich der Überseegedanke in den Vordergrund geschoben werden.

Warenverkehr Paris—Frankfurt a. M. Im Laufe des Freitag kamen mehrere Lastautos mit Anhängewagen, beladen mit Textilwaren usw. in Frankfurt a. M. an und lieferten ihre Waren an ein Engrosgeschäft ab. Diese Automobile kamen direkt von Paris und eröffneten so den ersten direkten Warenverkehr zwischen Paris und Frankfurt a. M.

Vier Soldaten durch eine Handgranate getötet. In Berlin-Steglitz ereignete sich ein schreckliches Unglück. Ein Militärauto der technischen Abteilung war auf dem Wege von Charlottenburg nach Lankwitz. Es war mit 7 Mann und einem Maschinengewehr besetzt. Plötzlich ertönte eine starke Explosion, wobei von den sieben Mann vier Mann getötet, einer schwer und einer leicht verletzt wurden. Die Ursache der Explosion der von den Soldaten mitgeführten Handgranate ist nicht aufgeklärt.

Überwachung der Ausfuhr von Obstbäumen. Infolge des niedrigen Standes unserer Valuta besteht die Gefahr, daß Obstbäume usw. in einer dem Bedarfe des Inlandes gefährdenden Menge ausgeführt werden. Um die Ausfuhr kontrollieren zu können, wird durch eine in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt erscheinende Bekanntmachung die Ausfuhr von einer Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung abhängig gemacht.

Die Ursachen der herrschenden Milchnot gewinnen durch die Blätternachrichten ein besonderes Ansehen, daß an zahlreichen Orten im Reiche reine Schlagsahne zu haben ist. Natürlich zu exorbitanten Preisen. Ebenso werden Butter und Käse andauernd zu Wucherpreisen unter der Hand überall vertrieben. Gleichzeitig muß Säuglingen und Kranken in den Städten mitunter auch der letzte Rest von Milch entzogen werden, weil eben nichts vorhanden ist. Wann werden wir aus der Zeit der Gewissenlosigkeit herauskommen?

Braunkohlen-Erschließung. Vom Kreise Bernburg vorgenommene Bohrungen ergaben bei Oberspeißen abbauwürdige Braunkohlenlager. Nach Mitteilung des Kreisdirektors hofft man im November mit der Kohlengewinnung im Tagebau beginnen zu können. Ferner wurden bei Dornburg bei Zerbst neue Braunkohlenlager erbohrt.

Verhaftung einer französisch-deutschen Schmugglergesellschaft. Nach einer Meldung aus Paris sind in Mainz sieben französische Offiziere unter der Beschuldigung, Schmuggelhandel mit Deutschland betrieben zu haben, verhaftet worden, ebenso 16 französische und deutsche Kaufleute. Die zu der wirtschaftlichen Abteilung der Besetzungsarmee gehörenden Offiziere mißbrauchten ihre Stellung, indem sie Durchfuhrbescheinigungen für Güter ausstellten, die nicht nach Deutschland gesandt werden dürfen.

Schülerdemonstration gegen die Schundfilme. In Dresden demonstrierten 150 höhere Schüler in den Vaterlandlichtspielen während der Vorführung des Films „Fräulein Mutter". Die Demonstration, bei der der übrige Teil der Anwesenden für und wider Partei nahm, richtete sich gegen die Schundfilme überhaupt und nahm einen derartig lärmenden Charakter an, daß das Theater von der Polizei geräumt werden mußte.

Volkserziehung durch die Straßenbahn. Die städtische Straßenbahn in Dresden zeigt pädagogischen Ehrgeiz. Als kostenlose Beigabe enthält nämlich die Rückseite der Dresdner Fahrscheine „Merksprüche großer Männer". So einen bemerkenswerten Satz Fichtes: „Nicht die Gewalt der Arme noch die Tüchtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemüts ist es, welche Siege erkämpft!" — Warum nicht? Während man sonst nur hört, daß die Straßenbahnen ihre Preise erhöhen, also materiellen Interessen sich widmen, ist es erfreulich, auch einmal von idealen Bestrebungen dieser modernen Beförderungsgelegenheiten zu vernehmen.

Amerikanische Schule im besetzten Gebiet. In Koblenz ist eine Schule für amerikanische Kinder mit amerikanischen Lehrkräften eröffnet worden.

Der überfallene Spielklub. Zehn mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnete maskierte Räuber in Uniformen drangen in einen im Gasthaus zu Papitz bei Schkeuditz eröffneten Spielklub ein und plünderten die Klubmitglieder nach Abgabe einiger Schreckschüsse aus, nachdem sie die Überraschten in Reih und Glied hatten antreten lassen. Es wurden 50 000 bis 60 000 Mark geraubt. Die Räuber entkamen unerkannt auf einem mitgebrachten Wagen.

Die Grippe in Argentinien. Italienische Blätter bringen aufsehenerregende Schilderungen über die jüngsten Verheerungen der Grippe in Argentinien. Ihre unheimliche Ausdehnung ist einem großen Fest in Cordoba zuzuschreiben, an dem sich mehr als 50000 Personen beteiligten. Von dort aus wurde die Seuche in das ganze Land verschleppt. Schon auf der Rückreise der Festteilnehmer erfolgten zahlreiche Todesfälle, und zwar vornehmlich unter den älteren Männern. Die Theater, Kirchen und Schulen sind bereits vielerorts geschlossen worden.

— **Ein Plattdeutscher Heimatstag** als Werbemittel zur Mitarbeit an der Erhaltung der niederdeutschen Volkskultur wird am nächsten Sonntag in Kiel veranstaltet. Am Versammlungstage ist in fünf Kirchen plattdeutscher Gottesdienst, im Thaulow-Museum eine Bücher- und Bilderausstellung und im Literaturwissenschaftlichen Seminar eine Ausstellung der Abteilung „Heimatliteratur".

Der Fischdampferverkehr voll aufgenommen. Im ganzen Elbbereich sind die Fischdampfer in ungehinderte Tätigkeit getreten. Vom letzten Freitag mittag bis Montag früh haben 48 Hamburger Fischdampfer Cuxhaven seewärts zum Fange passiert. Der Cuxhavener Fischdampferverkehr wickelt sich nach wie vor wieder regelrecht ab. Am Montag waren dort zwei Dampfer mit großen Fängen am Markt.

— **Verkehrte Welt.** Die Diebeskunst hat sich heute in einer Weise entwickelt, daß der einfache, von altersher privilegierte ehrliche Angehörige der Zunft nicht mehr mitkommt. Er wird selbst zum Opfer. Die Erfurter Strafkammer verurteilte zwei Männer zu 6 und 9 Monaten Gefängnis, die durch flottes Leben und größere Geldausgaben die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen hatten. Die Polizei ermittelte als Quelle dieser Geldausgaben eine Tasche, die 2000 Mk. bar, für über 2000 Mk. Wertsachen und Lebensmittel enthalten hatte und von den beiden Männern gelegentlich eines Wollmarktes in Arnstedt einer Zigeunerin gestohlen worden war.

— **Wilhelm v. Siemens †.** Der bekannte Berliner Großindustrielle und Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens- und Halske A.-G., Geheimrat Dr. Wilhelm v. Siemens, ist in der Schweiz plötzlich im Alter von 64 Jahren gestorben. Besonders verdient hat sich Wilhelm v. Siemens auch um die Ausbildung und Verbreitung des Glühlichts gemacht. Er hat die Entwicklung der Glühlampe aus ihren ersten Anfängen heraus genau verfolgt und sich mit regstem Eifer an den Arbeiten im Laboratorium der Glühlampenfabrik von Siemens u. Halske beteiligt. Sein Verdienst war es nicht zuletzt, als es im Jahre 1905 gelang, die erste Metallfadenlampe mit gezogenem Leuchtdraht, herauszubringen.

Scheidemann auf der Zeugenbank. In dem Prozeß gegen Haberland und Genossen, in dem es sich um die Rädelsführerschaft bei der „Vorwärts"-Besetzung durch die Unabhängigen handelt, beschloß das Schwurgericht auf Antrag der Verteidigung, Scheidemann als Zeugen zu vernehmen, und zwar über die Behauptung der Angeklagten, daß ihnen in einem Schriftstück der Schutz des „Vorwärts" anvertraut worden sei und daß man sie als bewaffnete Macht anerkannt habe.

Das orthopädische Lazarett für Kriegsbeschädigte in Charlottenburg, das im Sommer 1918 im dortigen Schloß untergebracht wurde, ist im Laufe der Monate so weit ausgebaut worden, daß es nunmehr seinen vollen „Betrieb" aufnehmen kann. Der Eröffnung wohnte Reichspräsident Ebert, der Reichswehrminister Noske, der preußische Kriegsminister Reinhardt und andere Personen in hervorragender Stellung bei. Der fachärztliche Leiter des Lazaretts Dr. Böhm gab einen Überblick über die Entwicklung des Lazaretts. Daran schloß sich ein Rundgang.

Teuerungszulagen für den Scharfrichter. „Monsieur Deibler", der Scharfrichter von Paris, glaubt nicht mehr mit der bisherigen Entlohnung auskommen zu können, die ihm der französische Staat für seine Tätigkeit bezahlt, mittels der Guillotine Menschen in die Ewigkeit zu befördern. Er hat eine Eingabe um Gehaltsaufbesserung an die Regierung gerichtet und Paris macht sich nun natürlich in den Singspielen und Kabaretten gehörig lustig über den Fall.

Die Elektrisierung der preußischen Bahnen soll von Berlin als Mittelpunkt ausgehen. Versuchsstrecken sind in Schlesien zwischen Königszelt und Lauban sowie zwischen Magdeburg und Leipzig gebaut. Wenn die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ebenfalls umgebaut werden, so ist es zweckmäßig, diese drei Netze mit anderen in Verbindung zu setzen. Diese schlesische Strecke soll bis Breslau, von dort bis Berlin, ebenso die westliche Strecke von Bitterfeld bis Berlin verlängert werden. Es liegt dann nahe, die Linien nach Halle, nach Magdeburg ebenfalls auszubauen. Es werden sich dann die Linien von Berlin nach Hamburg, nach Stettin, nach Hannover anschließen. Die elektrischen Lokomotiven werden schon jetzt für alle Strecken nach einem gemeinsamen Plan gebaut.

Großer Andrang zur Offizierslaufbahn. Zu dem Schullehrgang für Unteroffiziere in Berlin zwecks Beförderung zu Offizieren sind soviel Meldungen eingegangen, daß nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Vorgeschlagenen einberufen werden kann. Es fehlen die Mittel und Einrichtungen zur Abhaltung eines größeren Lehrganges. Dann ist auch der Bedarf an Offizieranwärtern für das neue Friedensheer für die nächsten Jahre ein ganz geringer.

Die Wiederherstellung der vielgenannten Kathedrale von Reims ist bereits in Angriff genommen. Die Kathedrale hat ein vorläufiges Dach erhalten, das die Schiffe und Gewölbe vor den Unbilden der Witterung schützen soll. Bevor die endgültigen Arbeiten, die mehrere Jahre dauern werden, durchgeführt werden können, hat man beschlossen, den Querarm, in dem sich die große Orgel befindet, für den Gottesdienst herzurichten und zu diesem Zweck eine Mauer und eine Decke zu bauen, die die Gemeinde vor dem Herunterfallen von Steinen sichern. Die Kosten dieser ersten Bauten, die sich auf 84 000 Frank belaufen, werden vom Staate getragen. Etwa 50 000 Einwohner sind bereits nach Reims zurückgekehrt.

Newyork—San Franzisko in 25 Stunden. Als erster von den Teilnehmern an dem großen transkontinentalen Flug Newyork—San Franzisko ist Leutnant Meynard in San Franzisko eingetroffen. Er legte die 4320 Kilometer lange Strecke in 24 Stunden 50 Minuten 48 Sekunden ausschließlich der Landungen zurück.

Die Negermorde in Amerika halten an. In Athens, Staat Georgia, wurde der unter Verdacht eines Totschlags verhaftete Neger Joe Cox am Marterpfahl durch eine Volksmenge verbrannt. Die Leiche durchlöcherten schießlustige Helden mit Kugeln. Dem Lynchakt sahen über tausend Personen, darunter Frauen und Kinder, mit entsprechender Befriedigung zu.

Wettbewerb für neue deutsche Postwertzeichen. Die Ausgabe einer neuen deutschen Briefmarke an Stelle des Germaniabildes wird vom Reichspostministerium vorbereitet. Es ist in Aussicht genommen, geeignete Entwürfe durch Preisausschreiben zu gewinnen. Die endgültige Fassung der Ausschreibung konnte aber nicht erfolgen. Man wußte damals noch nicht genau, welche Bezeichnung das neue Reich tragen würde. Auch stand die Form des neuen Reichswappens noch nicht fest, was jetzt der Fall ist. Die Verhandlungen mit den Preisrichtern sind im Gange. Man hofft, das ganze Verfahren so zu fördern, daß die neuen Marken im Laufe des nächsten Jahres noch zur Ausgabe kommen können. Auf keinen Fall wird das aber vor dem Frühjahr geschehen können.

Kursverlust von 46 Millionen Mark bei der Angestelltenversicherung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte schließt ihre Jahresrechnung für 1918 mit einem Fehlbetrag von 44 388 093 Mark ab. Dieser Fehlbetrag ist auf Kursverluste zurückzuführen, ohne diese würde ein Überschuß der vorhandenen Mittel über die Verpflichtungen in Höhe von rund 2 Millionen Mark zu verzeichnen sein. Im Jahre 1918 wurden an Versicherungseinnahmen 159,8 Millionen gebucht, an Zinsen 35,3 Millionen. Das Gesamtvermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beträgt gegenwärtig 840 Millionen, wovon 568,4 Millionen in Wertpapieren angelegt sind. 126 Millionen sind an Darlehen für Gemeinden und Gemeindeverbände und 72 Millionen an Hypotheken ausgeliehen.

— **Noch ein Geschelmörder verhaftet.** In Hamburg wurde der 23jährige Bankbeamte Georg Kugler unter dem Verdacht der Beteiligung am Münchener Geiselmord verhaftet.

— **Wie hohe Preise gemacht werden.** Vor einiger Zeit versuchte das Kohlenamt der Stadt Erfurt 60000 nicht mehr zu verwendende Gewehrschäfte zu erwerben. Der Zentner war zu sieben Mark angesetzt. Das Reichsverwertungsamt erteilte den Zuschlag aber einem Berliner Händler, der ein höheres Angebot gemacht hatte, wie ein Berliner Mittagblatt meldet. Bald darauf bot der gleiche Händler der Stadt Erfurt 40 000 Gewehrschäfte zum Kauf an, aber — zu 12 Mark den Zentner. Die Stadt lehnte ab und erreichte, daß die Eisenbahndirektion Erfurt die Ausfuhr des Holzes verhinderte.

Heiratslust. In der vorigen Woche sind in Offenbach 70 Paare getraut worden. Die meisten der jungen Eheleute hatten keine eigene Wohnung und müssen die Hilfe der Zwangseinquartierungskommission in Anspruch nehmen.

Einstellung des Eisenbahnverkehrs für Personen in Württemberg. Wegen Kohlenmangels wird in Württemberg bis auf weiteres der gesamte Personenverkehr auf den Bahnen am Sonntag eingestellt werden.

Die notleidenden Schweizer Hotels. Nachdem im vorigen Monat die letzten Internierten aus der Schweiz nach ihrer Heimat zurückgekehrt sind, zeigt sich die schwierige Lage der schweizerischen Kur- und Fremdenindustrie empfindlicher als zuvor. Im Berner Oberland wurde vor einiger Zeit das große Hotel Eiger in Grindelwald abgebrochen. Letzter Tage ist nun auch mit dem Abbruch des Hotels des Alpes in Interlaken begonnen worden. Das Hotel war im letzten Kriegsjahre von englischen Internierten besetzt. Auch das Hotel Waldrand in Beatenberg ist zum Preise von 70 000 Frank auf Abbruch verkauft worden. Die Besitzung wurde 1914 um den Preis von 150 000 Frank erworben.

• **Der französische Einheitsanzug für 110 Frank.** Das Pariser „Petit Journal" bringt nähere Angaben über die Einführung eines Einheitsanzugs: „Nach dem nationalen Stiefel kommt jetzt der nationale Anzug. Beide sind entstanden aus der unerhörten Steigerung aller Preise und aus der Notwendigkeit, auch für die kleinen Börsen, sich die notwendigsten Lebensbedingungen zu verschaffen. Die ersten Versuche zur Herstellung eines einheitlichen und billigen nationalen Tuches begannen schon im Mai dieses Jahres. Sie wurden in einer Fabrik in Roubaix ausgeführt; gegenwärtig arbeiten drei großen Fabriken in Roubaix und Tourcing an seiner Herstellung. Das Tuch besteht aus einer Mischung von Wolle und Baumwolle, wiegt 500 Gramm das Meter und ist bei seiner großen Leichtigkeit sehr haltbar. Es wird in verschiedenen Farben hergestellt: schwarz, dunkelgrau, braun, olivgrün und marineblau. Der ganze Anzug kostet den Schneidern 100 Frank und wird dem Publikum für 110 Frank verkauft.

Frankreichs Rache. Das Pariser Kriegsgericht fällte über die Personen, die an Redaktion und Administration der „Gazette des Ardennes" teilgenommen haben, wegen Einverständnisses mit dem Feinde das Urteil und verurteilte die Leutnants Herwegh, Heinrich, Leverne zum Tode, Masse und de la Fontaine zu siebenjähriger Zwangsarbeit, Mablne, Dubois, Fevrilles und Lefers sowie die Frauen Ivonne Viez und Georgette Lefers zu fünf Jahren Zwangsarbeit. Henri de Gronckel wurde in contumaciam zum Tode verurteilt. — Die „Gazette des Ardennes" diente zur Aufklärung in dem während des Krieges von Deutschen besetzten Gebiet. Die Opfer des unerhörten Urteils sind durchweg Elsässer.

Ein Handgranatenangriff auf das Braunschweiger Gefängnis wurde durch unerkannt gebliebene Verbrecher ausgeführt. Dabei sind von den umliegenden Straßen und Bäumen zahlreiche Eier- und Stielhandgranaten gegen das Gefängnis und in der Richtung auf die Wachmannschaften geschleudert worden. Im Kreisgefängnis und den Wohnhäusern der benachbarten Straßen sind durch die Handgranaten Fensterscheiben und Mauern beschädigt worden. Das Handgranatenattentat dehnte sich auf mehrere Stunden der Nacht aus.

Sonntagsschichten zur Kohlenförderung. Zwischen Arbeitern der Braunschweiger Kohlenbergwerke und Regierung wurden im Hinblick auf die ernste Lage Braunschweigs in der Kohlenversorgung Verhandlungen angeknüpft, als deren Ergebnis die Einführung der Sonntagsschichten beschlossen wurde. Die Sonntagsarbeiten haben bereits am letzten Sonntag eingesetzt. Es soll durch sie besonders die minderbemittelte Bevölkerung mit Kohlen beliefert werden.

Gerechter Zorn. Im Tiegenhofer Tageblatt in Westpreußen erläßt ein Bauer folgendes Inserat: „In der Nacht vom Sonntag zu Montag haben mir krumme, elende Verbrecher ein Schwein gestohlen. Lunge und Leber sollen den Schurken am lebendigen Leibe verfaulen, wenn sie das Schwein nicht ersetzen. Setze außer der Belohnung der Gemeinde Ladekopp (1000 Mark) noch 200 Mark aus für denjenigen, der die Lumpen dingfest macht. Außerdem möchte ich noch bemerken, daß es mir auf das Leben solcher Schieber gar nicht ankommt. Wilh. Wiens, Ladekopp."

— **Erneuter Wucher in Butter und Margarine.** Vor einigen Wochen sank in den Großstädten der Schleichhandelspreis für Butter von 30 auf 18 Mark. Jetzt hat eine erneute Hochkonjunktur eingesetzt. Im Schleichhandel ist Butter selbst für den Pfundpreis von über 23 bis 25 Mark augenblicklich kaum aufzutreiben. Infolgedessen ist in den letzten Tagen der Preis für Schleichhandels-Margarine auf den unerhörten Preis von 20 Mark gestiegen.

— **Betrügereien auf der Eisenbahn.** Die Überwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin hat einen neuen Riesenbetrug, bei dem Kognak und Liköre im Werte von weit über 200 000 Mark verschoben wurden, aufgedeckt, die verschobenen Waren bereits zum Teil wieder herbeigeschafft und bisher fünf Personen wegen Hehlerei verhaftet. Die Diebe, unter denen sich wieder Eisenbahnbeamte befinden müssen, konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Falsche Fünfzigmarkscheine. In Anbetracht der vielen in Umlauf stehenden falschen 50-Mark-Banknoten veröffentlichen die Berliner Banken zurzeit ein Verzeichnis der ungültigen Scheine. Banknoten mit nachfolgenden in der unteren linken Ecke schwarz gedruckten Nummern sind falsch: A. 001 — B. 133 — D. 628 — E. 81 — G. 132 H. 1—142 — J. 164 — 168 H. 144.

— **Nummern statt Taufnamen.** Die „Times" berichten, daß in Sowjetrußland in der nächsten Zeit die Taufnamen abgeschafft werden, mit der Begründung, daß sie eine Erinnerung an das reaktionäre System bedeuten. An ihre Stelle wird man Nummern setzen und jedes Kind wird bei seiner Geburt eine solche Nummer erhalten.

Botschafter Gerards Kriegsgewinne. Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, hat im Newyorker Millionenviertel, in der Avenue, das Prachtgebäude des Dollarkönigs Gould für 500 000 Dollar gekauft. Gerard hat durch seine deutschen Bücher und Wanderbilder über Deutschland ein Vermögen verdient.

Wien in größter Not. Die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln wird täglich schlechter. Die ganze Nahrungsmittelbeschaffung durch die Stadt steht vor dem Zusammenbruch. Nur die halbe Brotration wird noch verteilt. Kartoffeln fehlen fast ganz.

Verfälschtes amerikanisches Mehl. Nach einer Meldung aus Kattowitz sind in den letzten amerikanischen Mehlsendungen 25 % Beimischung von Meersand festgestellt worden. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Beimischung von deutscher Seite ausgeschlossen ist, da die Säcke bereits in Amerika maschinell verschmutzt worden sind.

Ein umfangreiches Amt. Ein Amt mit 2555 Köpfen ist die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Nach ihrem neuesten Bericht beschäftigt sie 63 höhere Beamte. Dazu kommen 17 beim Rentenausschuß Berlin. Die Anzahl der mittleren und Unterbeamten bei der Reichsanstalt und dem Rentenausschuß betrug Ende 1914 zusammen 2475. Diese Zahl hatte Ende 1913 nur 1054 betragen, stieg aber seitdem von Jahr zu Jahr. Männliche Personen waren zum Schluß 825, weibliche 1650 beschäftigt.

✚ **Krawalle der Unabhängigen in Sch[illegible].** Der mehrheitssozialistische kommissarische Landrat von Schmalkalden ist bei der ersten Kreistagssitzung von den Unabhängigen, die als eigenen Landratskandidaten Vogtherr aufgestellt hatten, tätlich angegriffen worden. Daraufhin sind im Einvernehmen mit den Behörden zwei Bataillone Reichswehrtruppen in Schmalkalden eingerückt. Als Gegenmaßnahme drohen die Unabhängigen, falls der Kandidat nicht anerkannt wird, unter anderem mit Steuerverweigerung.

✚ **Revolutionspropaganda der Unabhängigen.** Aus der Schweiz wird gemeldet, daß an der deutsch-schweizerischen Grenze Kuriere aus Deutschland abgefaßt wurden, die Briefe der deutschen Unabhängigen an die Schweizer Gesinnungsgenossen brachten, in denen diese aufgefordert werden, am 17. November das Volk auf die Straße zu treiben und die Revolution zu entfesseln, die am gleichen Tage auch in Deutschland losbrechen werde. Das schweizerische politische Departement wird die Urkunden veröffentlichen.

✚ **Ein Gesetz zur Bekämpfung des Schleichhandels.** Bekanntlich haben sich mehrere Mitglieder der bayerischen Regierung nach Berlin begeben, um gesetzgeberische Bedürfnisse, die sich in Bayern besonders fühlbar gemacht haben, mit der Reichsregierung zu erörtern. Bei einer Besprechung, die unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers stattgefunden hat, sind insbesondere die Fragen einer wirksameren Bekämpfung der Preistreiberei und des Schleichhandels eingehend behandelt worden. Es wurde grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, daß der Preistreiberei, dem Schleichhandel und dem Bestechungsunwesen durch neue gesetzgeberische Maßnahmen noch schärfer als bisher entgegengetreten werden soll. Eine entsprechende Gesetzvorlage wird im Reichsjustizministerium alsbald in Angriff genommen.

✚ **Übergangsgesetz für Elsaß-Lothringen.** Das Gesetz betreffend die Übergangsregierung für Elsaß-Lothringen ist im französischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die beiden Provinzen unter der unmittelbaren Verwaltung des Ministerpräsidenten. Sie werden jedoch in drei neue Departements eingeteilt, in Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen, und werden fortan heißen: Departement bas du Rhin, du haut Rhin und de la Moselle. Diese Departements werden 21 Volksvertreter und 14 Senatoren abordnen, so daß die neue Kammer aus 625 Abgeordneten bestehen wird gegen 602 in der alten Kammer, und der Senat aus 314 gegen früher 300.

✚ **Proteststreik gegen französische Gewalttaten.** Die Ermordung der 17 Jahre alten Katharina Arnold in Ludwigshafen durch französische Soldaten hat die Bevölkerung Ludwigshafens in neue große Erregung versetzt. Um gegen den unglaublichen Terrorismus der französischen Soldateska zu protestieren, ist ein eintägiger Generalstreik in Ludwigshafen gewesen, an dem sich die Arbeiter und die Bürgerschaft gleichermaßen beteiligten. Sämtliche Geschäfte und Gastwirtschaften hatten geschlossen, die Straßenbahn hatte ihren Betrieb eingestellt.

✚ **Proteststreik gegen belgische Übergriffe.** Auf der linken Rheinseite, in dem belgischen Besatzungsgebiet, ist ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Beamten und Bürger haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Selbst die Wirtschaften und teilweise auch die Postanstalten sind geschlossen. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind zur Versorgung der Bevölkerung offen geblieben. Es nehmen jetzt etwa 20 000 Mann an dem Streik teil: Der Hauptgrund hierzu ist die Empörung über die Übergriffe der belgischen Besatzung, die auf offener Straße die Leute geschlagen haben und ihnen Wertsachen abgenommen haben sollen. Auch wird der Paßzwang in der kleinlichsten Weise durchgeführt.

✚ **Feindliche Schiffsverluste.** In einem Tagesbefehl zählt der französische Marineminister 27 Schiffseinheiten auf, die vom Feinde vernichtet wurden: 3 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 4 Hilfskreuzer, 1 Torpedobootszerstörer, 2 Unterseeboote, 9 Schaluppen, 3 Baggerschiffe, 4 Patrouillenschiffe. Nach Mitteilung des Marineministers hat Italien durch Versenkungen während des Krieges 59 % seiner Handelsflotte verloren. Die Kriegsflotte verlor von 89 000 Mann 6100.

✚ **Heimkehr der Gefangenen aus Polen.** Wie aus Warschau berichtet wird, verhalten sich die polnischen Behörden in der Frage der Befreiung der bei den schlesischen Grenzkämpfen von den Polen gefangenen Deutschen sehr entgegenkommend. Diese Gefangenen sind bereits dem französischen General Dupont übergeben worden, der ihre Heimsendung veranlassen wird. Die Frau des letzten preußischen Regierungspräsidenten in Posen Dr. Kirschstein, die kürzlich vom Posener Feldgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde ebenfalls auf Grund des deutsch-polnischen Vertrages begnadigt und sofort freigelassen.

Wer Brotgetreide verfüttert, versündigt sich am Vaterlande und macht sich strafbar

Friedensmöglichkeiten?

Erste öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses

Berlin, 21. Oktober.

In einem der Kommissionsräume des Reichstagsgebäudes trat heute früh der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Schuld am Verlauf des Krieges zusammen. Der Unterausschuß besteht aus den Abgeordneten Warmuth (Deutschnat. Vp.) als Vorsitzendem, Gothein (Dem.) als stellvertretendem Vorsitzenden, Joost (Zentr.) als Schriftführer und Dr. Sinsheimer (Mehrheits-Soz.) als Referenten. Ferner gehören dem Ausschuß an die Abgeordneten Dr. Cohn (Unabh. Soz.), Frau Pfülf (Mehrheits-Soz.) und Dr. Schücking (Dem.). Am Vorstandstische haben weiter noch Platz genommen Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Quarck (Mehrheits-Soz.).

Schon vor Beginn der Sitzung waren der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der Vizekanzler a. D. Dr. Helfferich und der Botschafter a. D. Graf Bernstorff im Saale erschienen.

Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien u. a. Dr. David (Soz.), Haußmann (Dem.), Dr. Petersen (Dem.) und Kahl (Dtsch. Vp.) hatten sich eingefunden. Für das Publikum standen etwa 75 Plätze zur Verfügung. Für die Presse waren etwa 25 Plätze vorgesehen. Neben den deutschen Zeitungen waren auch die großen ausländischen Blätter vertreten. Als Sachverständige waren geladen Professor Dr. Bonn, München, Professor Dr. Otto Hoetzsch und Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Der Vorsitzende Abg. **Warmuth** eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf § 34 der Verfassung, nach dessen Bestimmung der Untersuchungsausschuß gebildet sei. Die Aufgabe dieses zweiten Unterausschusses sei, die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten eines früheren Friedensschlusses und die Nachforschung nach den Gründen, welche diese Möglichkeiten deutscherseits verhindert hätten. Der Vorsitzende richtet die Bitte an die Presse, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung zu wahren, bis die Beweisaufnahme bei den einzelnen Punkten auch sichtlich erschöpft sei.

Es wird dann in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Als Zeuge ist Exzellenz Graf Bernstorff geladen. Der Vorsitzende bittet ihn, den Verhandlungen beizuwohnen und das Referat mitanzuhören, damit er Gelegenheit erhält, an das eine oder andere anzuknüpfen und zur Aufklärung beizutragen.

Die Berichterstattung

hat Abg. Dr. **Sinzheimer** übernommen. Er führt aus: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung zunächst die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Es haben dem Ausschuß sämtliche Geheimakten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden, und es war dem Referenten und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Gelegenheit gegeben, sämtliche Akten, die sich darauf beziehen, kennenzulernen. Die Akten des Admiralstabs, des Kriegsministeriums und des Generalstabs haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber im späteren Stadium dieser Verhandlungen herangezogen werden. Das Referat bezieht sich lediglich auf die Akten des Auswärtigen Amts. Zur Einteilung des Stoffes ergibt sich eine

Gliederung in vier Perioden.

Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zur Sussex-Note, die am 4. Mai 1616 an Wilson gerichtet wurde. Die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1916, dem geschichtlichen Tage des deutschen Friedensangebots, die dritte vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917, an welchem Tage im Hauptquartier zu Pleß der sogenannte rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen wurde. Die Schlußperiode ist anzusetzen bis zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson bezw. dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, eine Note übergeben wurde, betreffend den rücksichtslosen U-Boot-Krieg, und an welchem sofort der

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas uns gegenüber

erfolgt ist. Zur ersten Periode ist zu sagen, daß nach den Akten von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein kann. Wohl fanden theoretische Erörterungen über Friedensmöglichkeiten zwischen dem Kaiser und Gerard, der Regierung und Gerard statt. Graf Bernstorff teilte mit, Wilson interessiere sich für den Frieden, und zwischen Vertretern der Regierung und dem Obersten House fanden Besprechungen statt. Über diese Besprechungen finden sich nur zwei Aufzeichnungen in den Akten, die eine erfolgte zwischen dem Staatssekretär Solf und House, eine andere zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann und House. Diese Aufzeichnungen lassen eine bestimmte Friedensaktion nicht erkennen, sondern sprechen nur von Erörterungen über die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. Die zweite Periode ist weitaus wichtiger. Sie spielt sich ab zwischen dem 4. Mai, dem Tage der Überreichung der Sussex-Note, in der gesagt wird, daß der U-Boot-Krieg nur auf den Kreuzerkrieg beschränkt werde, und daß die völkerrechtswidrige Blockade aufgehoben werden müsse, und dem 12. Dezember, dem Tage unseres

Friedensangebotes.

Es erfolgten inzwischen an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Botschafter angewiesen wird, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen.

Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der den Wunsch besonders gehegt hat, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden. Graf Bernstorff hat seinerseits über die Friedensmöglichkeiten berichtet und darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit, den Frieden zu vermitteln, auch die öffentliche Meinung in Amerika wünsche den Frieden.

Leider wurde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung zu unsern Ungunsten wieder beeinflußt, so durch die Frage der belgischen Deportation und die Wirkung des U-Boot-Krieges; solange der Wahlkampf in Amerika nicht erledigt sei, sei an einen energischen Schritt Wilsons nicht zu denken. An der Friedenskonferenz werde Wilson nicht teilnehmen, höchstens an Konferenzen, die mit der Friedenskonferenz in loserer Verbindung ständen. Am 18. Oktober hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier zu Pleß mit dem Grafen Burian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Graf Burian wies darauf hin,

daß auf eine militärische Entscheidung des Krieges nicht mehr zu rechnen sei,

man müsse irgendwie Friedensverhandlungen herbeiführen. Damit war Herr v. Bethmann einverstanden, zumal er sich schon früher mit diesem Gedanken getragen habe. Diese Vorberatungen nahmen im Laufe der Zeit konkretere Gestalt an und führten schließlich zu dem Friedensangebot. Anfang Dezember wird dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, eine solche Friedensaktion stehe bevor, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme. Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht spätestens für Neujahr in Aussicht stehe. Es wird in diesem Zusammenhange namentlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, trotz der von uns angeregten Friedensaktion und trotz der Mitteilungen des Grafen Bernstorff am 12. Dezember die Friedensaktion durch uns erfolgen zu lassen. Dies wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis diese Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht. Die dritte Periode reicht vom 21. Dezember, dem Tage der Überreichung des Friedensangebots Wilsons an die kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar, dem Tage der Entschließung zur

Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges.

Das wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei offizielle oder inoffizielle Andeutung der konkreten Friedensbedingungen. Zugleich teilt eine neutrale Macht, die ich in öffentlicher Sitzung nicht nennen kann, mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, dieser Appell werde äußerst ernst zu nehmen sein, und die betreffende Macht habe guten Grund zu glauben, daß auch die andere Seite auf diesen Appell eingehen werde, wenn offen und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wieder hergestellt werde und in bezug auf Belgien eine Wiedergutmachung des Schadens erfolge. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt, am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahinging, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingehe. Es wird hier namentlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen unsern Friedensabsichten vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben.

Es ist unbedingt notwendig, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennenzulernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Heeresleitung vereinbart waren. Eine andere Frage ist die, ob etwa zur damaligen Zeit militärischerseits ein Einfluß ausgeübt worden ist. Die Akten sagen darüber etwas, aber nur durch Vernehmung der Zeugen läßt sich die Bedeutung dieser aktenmäßigen Mitteilungen in ein objektives Licht stellen.

Die nächste Periode beginnt mit dem 9. Januar, dem Tage der Entschließung zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg. In der Zwischenzeit macht Graf Bernstorff wiederholt den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten, und er pflegt inzwischen wiederholt Unterredungen mit dem Obersten House. Den Schriftwechsel mit dem Grafen Bernstorff hat Staatssekretär Zimmermann geführt. Zunächst gibt er auf die Anregungen keine Antwort, sodann eine ganz allgemein gehaltene und am 7. Januar bittet er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen dilatorisch zu behandeln. Darauf wird am 9. Januar der rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen. Graf Bernstorff meint wiederholt, der rücksichtslose U-Boot-Krieg bedeute den Bruch mit Amerika, wie überhaupt auch von anderer Seite der U-Boot-Krieg als der Vorgänger des Krieges mit Amerika wiederholt bezeichnet wurde. Es wird auf die unbeschränkten Hilfsquellen Amerikas hingewiesen, die unerschöpflich seien. Am 26. Januar telegraphierte Bernstorff, daß Oberst House, im ausdrücklichen Auftrage Wilsons, uns **von neuem die Friedensvermittlung angeboten** habe. Er wolle sich nicht in territoriale Fragen einmischen, wolle unter allen Umständen den Krieg vermeiden und wünsche eine

Beendigung des Krieges ohne Sieger und Besiegte.

Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Darauf fand eine Reise Bethmann Hollwegs nach dem Hauptquartier statt. Das Ergebnis war, daß

Bethmann Hollweg an Bernstorff telegraphierte, es sei zu spät.

Wilson hätte früher mit einer solchen Aktion kommen sollen. Eine Zurücknahme des U-Boot-Krieges sei nicht mehr möglich, weil es technisch unausführbar sei, U-Boote, die bereits in See seien, zurückzurufen. Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich ihre Friedensbedingungen mitzuteilen. Sie werden dann, am 28. Januar, dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, der sie zur Kenntnis Wilsons bringen soll.

Es heißt nun nicht im Schreiben des Reichskanzlers, die Friedensbedingungen, die er mitteilte, seien die Bedingungen, unter denen er bereit sei, Frieden zu schließen, sondern es heißt: Das seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen.

Ob also diese Antwort der Bitte Wilsons entspricht, ist eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Am 31. Januar erfolgte die Übergabe der Note über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg und dann der Abbruch der Beziehungen mit Amerika. Wilson scheute sich offenbar, in den Krieg einzutreten. Darauf deutet die Tatsache hin, daß er die gleichlautende Erklärung des österreichischen Botschafters in Amerika verheimlicht, um den Weg zu Österreich offen zu halten. Über die Schweiz ist dann gemeldet worden, Wilson suche weiter den Frieden zu vermitteln und verlange nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges auf Amerika nicht ins Auge fasse oder wieder zurückziehe. Darauf wird erwidert, daß die Durchführung des U-Boot-Krieges die allgemeine Anwendung verlangt. Im März wurde von Amerika der Krieg erklärt, nachdem das amerikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, das schon im Januar zur Absendung gelangt war. Damit ist das Referat Sinsheimers beendet.

Vernehmung des Grafen Bernstorff:

Botschafter a. D. Graf **Bernstorff:** Wilson hat Anfang August sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente gar nicht geantwortet hat. Wenigstens habe ich nichts davon gehört. Wilson hat im August eine Proklamation an das amerikanische Volk erlassen, in der er die Amerikaner zur Neutralität auffordert, weil eine so erregte Stimmung entstanden war, daß die Privatbeziehungen darunter litten. In dieser Proklamation hat er schon erklärt, daß das amerikanische Volk das einzige Volk wäre, das in der Lage wäre, den Krieg zu beendigen, wenn es dem Streit fern bliebe, und daß es die einzige Großmacht sei, die genügend Macht und Einfluß habe, um dieses Ziel herbeizuführen. Das ist die Politik Wilsons gewesen. Als das zweite Friedensangebot scheiterte, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuhalten. Er sandte trotzdem Oberst House im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin, wo er im März war. Er sollte die Friedensvermittlung Wilsons vorbereiten. Als er von Berlin zurückkam, sagte er, der Augenblick wäre noch nicht gekommen.

Es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen.

Er würde aber später wieder nach Europa gehen, um zu sehen, ob etwas zu machen sei. Wilson hat zum ersten Male mit mir über den Frieden gesprochen, als ich nach der Lusitaniaangelegenheit eine Audienz bei ihm bekam, als die Gefahr des Krieges mit Deutschland sehr drohend war. Damals sagte er mir, wir sollten durch ein Nachgeben im U-Boot-Krieg einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könnte. Würden wir den U-Boot-Krieg aufheben, so würde er auf Aufhebung der englischen Aushungerung drängen. Das englische Kabinett werde darauf eingehen, und er hoffe, daß damit ein Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion im großen Stile. Das war am 2. Juli 1915. Nach dem ersten Telegrammwechsel über die „Lusitania" schien der Krieg unvermeidbar. Ich ging zu Wilson und verabredete, um Zeit zu gewinnen, daß Herr Meyer-Gerhard nach Berlin reisen sollte. Wilson ging darauf ein. Der Notenwechsel über die „Lusitania" ging weiter, aber inzwischen wurde ein anderes englisches Schiff torpediert. Es war einerseits nachgegeben, indem auge-

standen wurde, daß Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung torpediert werden sollten.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er nicht wisse, was aus der Mission Meyer-Gerhard geworden sei und fährt fort: Es kam dann am 5. November eine Note an England, in welcher die englische Blockade als nicht zu verteidigen erklärt wurde. Die Verhandlungen über die „Lusitania" brachten uns

zum drittenmal an den Rand des Krieges,

weil wir anerkennen sollten, daß die Versenkung illegal gewesen wäre. Dieses Wort wurde von uns unbedingt abgelehnt. Schließlich gab Wilson nach. Er würde sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß solche Repressalien Neutrale nicht treffen dürften. Diese Erklärung war eben fertig und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verschärfte U-Boot-Krieg erklärt wurde. Es wurde also nichts aus dieser Lösung. (Der Vorsitzende stellt fest, daß es sich hier nur um den verschärften, nicht um den unbeschränkten U-Boot-Krieg handelt.) Bald darauf wurde die „Sussex" torpediert. Jetzt kam eine endgültige Einigung zustande. Der U-Boot-Krieg sollte nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt werden. Im Laufe des Winters war House zum zweiten Male nach Berlin gefahren, wo er im Januar 1916 war. Als er zurückkam, erklärte er mir, daß der

Hauptwiderstand gegen einen Frieden vorläufig noch in Paris

zu finden wäre, daß er in England eine gewisse Bereitwilligkeit gefunden hätte. Auch in Berlin habe man gesagt: Wir würden zu geeigneter Zeit bereit sein, auf eine amerikanische Friedensvermittlung einzugehen. Ich habe zum ersten Male von der Absicht der Kaiserlichen Regierung, den Wilsonschen Wünschen entgegenzukommen, durch ein Telegramm gehört, welches der Botschafter Gerard nach Erledigung der Essex-Affäre nach Washington richtete. Dort stand, daß die deutsche Regierung nunmehr bereit sei, eine Friedensvermittlung anzunehmen. Ich habe darauf in Berlin angefragt, ob diese Auffassung richtig sei und ein Telegramm erhalten, in dem gesagt wurde, daß wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hingehen müsse, daß es aber im allgemeinen der Wunsch sei, Wilsons Friedensvermittlung anzunehmen. Es müsse aber verlangt werden, daß Wilson vorher gegen England vorgehe. Es ist vielleicht merkwürdig, daß ich mit einer Privatperson, wie dem Obersten House, über diese Fragen verhandelt habe. Eine Geheimhaltung von Verhandlungen in Washington wäre ganz unmöglich gewesen. Die beiden Häuser waren dort von Journalisten umlagert. Deswegen war es der Wunsch Wilsons, daß ich diese vollkommen vertraulichen Fragen mit seinem intimen Freunde House in Newyork führte. Er sagte mir,

Wilson hätte nicht mehr die Macht, England zu zwingen, den völkerrechtlichen Normen zu gehorchen, weil der amerikanische Handel so sehr mit der Entente gebunden wäre, daß Wilson unmöglich diese Handelsbeziehungen stören könne, ohne einen ungeheuren Sturm hervorzurufen. Im Gegensatz dazu wäre er in der Lage, einen Frieden ohne Sieg herbeizuführen, und er hätte die Absicht, das zu tun, sobald die Gelegenheit dazu käme.

Nachdem aber ein solcher Schritt in Amerika allgemein als pro-deutsch bezeichnet wurde, könne er ihn nur tun, wenn die öffentliche Meinung sich etwas über die Beziehungen zu Deutschland beruhigt hätte. Er schlug eine Pause vor und hoffte am Ende des Sommers die Friedensvermittlungen bestimmt anbahnen zu können. Dann trat Rumänien in den Krieg ein.

Die deutschen Instruktionen an Bernstorff.

Es werden dann die Instruktionen verlesen, die dem Botschafter am 18. August mitgeteilt wurden und wonach die deutsche Regierung erklärt, daß sie gern bereit sei, eine Vermittlung des Präsidenten anzunehmen und daß eine entsprechende Tätigkeit des Präsidenten nachträglich ermutigt werden solle, daß wir uns aber noch nicht auf irgend welche konkreten Friedensbedingungen verpflichten können.

Im Anschluß an diese Verlesung, an diese Instruktionen, erhebt sich ein Frage- und Antwortspiel zwischen dem Zeugen Bernstorff und den Mitgliedern des Ausschusses, in dem Bernstorff betont, Oberst House hatte nach Einsichtnahme in die Instruktionen gesagt, eine Vermittlung Wilsons sei jetzt unmöglich und müsse aufgeschoben werden, da die Entente durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg völlig siegesgewiß geworden sei. Weiter ist die Rede von einem

Memorandum Kaiser Wilhelms,

das dem amerikanischen Botschafter Herrn Gerard nach Amerika mitgegeben werden sollte und das nach Angabe Bernstorffs dort den tiefsten Eindruck gemacht hat. In diesem Memorandum, das sich auf einer Unterredung des Kaisers mit Gerard stützte, heißt es, die Führung des Krieges habe mittlerweile eine Gestalt angenommen, daß die deutsche Regierung es für nötig halte, die etwa beabsichtigte Friedensaktion Wilsons müsse beschleunigt werden, damit sie nicht zu spät im Jahre stattfinde. Da Gerard bereits abgereist war, wurde das Memorandum an Bernstorff telegraphiert. Die amerikanische Regierung sei von dem Eintreffen des Memorandums an überzeugt gewesen, und auch von jetzt ab in Amerika die feste Überzeugung entstand, daß

die deutsche Regierung bereit sein würde, eine Vermittlung Wilsons anzunehmen.

Die Präsidentenwahl fand am 7. November statt. Die Unsicherheit des Wahlausgangs verhindert Wilson an entscheidenden Maßnahmen. Diese Verzögerung ist richtig, weil sich daraus erklärt, daß Präsident Wilson erst nach geraumer Zeit einen Friedensschritt tun konnte. Ich habe später erfahren, daß Wilson die Friedensnote, die er am 18. Dezember absandte, schon Mitte November aufgesetzt, aber in seinem Schreibtisch behalten hatte, weil damals in Amerika wieder wegen der belgischen Deportationen eine

antideutsche Welle

durch das Land ging. Oberst House hat mir mitgeteilt, daß das schon Mitte November fertige Friedensangebot nicht abgeschickt worden sei, weil es wegen der Stimmung im Volke Wilson vor der öffentlichen Meinung nicht verantworten konnte.

Im Verlauf der Zwiesprache stellt Referent Sinzheimer fest, daß es in einer Instruktion des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an Bernstorff heißt, daß die Marine den unbeschränkten U-Boot-Krieg wünsche, daß sich die Gesamtlage aber dadurch ändern könnte, daß Präsident Wilson wie angedeutet, den Mächten eine Friedensvermittlung vorschlagen würde. Eine solche Aktion müßte aber bald erfolgen.

Graf Bernstorff erklärte, er habe diese und in gleichem Sinne anschließende Instruktionen stets mit dem Beauftragten Wilsons, Oberst House, besprochen und erwartet, daß die Friedensaktion im Laufe des Dezember erfolgen würde. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember wurde von Amerika als Gefährdung ihrer Friedensaktion angesehen. Graf Bernstorff hat nach seiner Aussage keine Zeit mehr gehabt, diese Tatsache nach Berlin zu telegraphieren. Die Amerikaner hätten stets den Standpunkt innegehalten, eine Friedensvermittlung könne nur gelingen in einem Augenblicke, wo Deutschland stark sei. Infolgedessen mußte Bernstorff immer wieder Einfluß nehmen darauf, daß bei uns weder in der Presse noch von der Regierung irgendwie vom Frieden gesprochen wurde, denn sonst würde immer eine Wilsonsche Friedensvermittlung gestört werden. Das deutsche Friedensangebot sei gerade keine Durchkreuzung, aber doch eine Erschwerung der Pläne der amerikanischen Regierung gewesen. Die öffentliche Meinung Amerikas sei stark gegen Deutschland beeinflußt gewesen von London aus, die Regierungsansichten deckten sich aber nicht mit der öffentlichen Meinung. Die amerikanische Regierung war durch den unvermuteten Friedensschritt Deutschlands ziemlich enttäuscht, weil ihr dadurch die Möglichkeit, den ersten Schritt zu tun, genommen wurde.

Wilsons Bereitschaft zur Vermittlung.

Graf Bernstorff sagt, er habe stets darauf hingewiesen, daß eine Friedensvermittlung Wilsons jeden Tag zu erwarten sei. Darauf nimmt das Wort

Dr. Sinzheimer: Wir sind bei der heutigen Vernehmung bis zum 12. Dezember gekommen. Ich stelle somit als Ergebnis der heutigen Sitzung fest: Haben Sie die Instruktion in dem Sinne aufgefaßt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder Oberst House ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen? — Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.) — **Abg. Dr. Sinzheimer: War Wilson bereit, diesen Wünschen Rechnung zu tragen? — Graf Bernstorff: Ja. — Abg. Dr. Sinzheimer: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits? — Graf Bernstorff: Ja.** (Bewegung.)

*

Über das Ergebnis des ersten Verhandlungstages ist zu bemerken: Es ist erstaunlich, wie wenig Neues die heutige Verhandlung gebracht hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß kaum eine Tatsache vorgebracht wurde, die noch nicht bekannt gewesen wäre. Bald in diesem, bald in jenem Kreise tuschelte man sich in den Kriegsjahren zu, was heute zusammenfassend ans Licht gebracht wurde.

Neben dem Sachlichen wurde im Sitzungssaal auch dem Persönlichen Aufmerksamkeit geschenkt. Das gute Aussehen des „ersten Kriegskanzlers" v. Bethmann Hollweg fiel allgemein auf. Ebenso aber auch das weniger vorteilhafte des früheren Staatssekretärs Zimmermann. Zeichen- und Seelendeuter werden versuchen, hieraus Schlüsse zu ziehen. Wir ziehen aber vor, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten.

Wilhelm der Zweite.

Erinnerungen von Graf Ottokar Czernin.

In der Vossischen Zeitung erscheinen seit einigen Tagen die „Erinnerungen an den Weltkrieg" vom Grafen Czernin, dem verflossenen österreichisch-ungarischen Außenminister. Diese Erinnerungen erregen begreiflicherweise das größte Aufsehen, da ihr Verfasser während des Weltkrieges eine Zeitlang im Mittelpunkt der diplomatischen Ereignisse stand. Wir geben hier mit Genehmigung des Verlages der V. Z. auszugsweise ein für uns bedeutsames Kapitel wieder: das Kapitel über Wilhelm II. — wie Czernin ihn sah . . .

Die Schriftleitung.

Kaiser Wilhelm hat so lange sichtbar im Zentrum der weltgeschichtlichen Ereignisse gestanden, es ist so viel über ihn geschrieben worden, daß er eigentlich aller Welt als bekannt erscheint. Und dennoch glaube ich, daß er vielfach falsch beurteilt wird. Es ist bekannt, daß der rote Faden, welcher sich durch den Charakter und den ganzen Gedankengang Wilhelms II. zog, seine feste

„Überzeugung von seinem Gottesgnadentum"

und von den „in dem deutschen Volke unausrottbar wurzelnden dynastischen Gefühlen" war. Auch Bismarck glaubte an das dynastische Gefühl der Deutschen. Mir scheint, daß es ebensowenig ein allgemein dynastisches als ein allgemein republikanisches Gefühl der Völker gibt, bei den Deutschen ebensowenig wie irgendwo anders, sondern nur ein Gefühl der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, welche sich je nachdem für oder gegen die Dynastie und die Staatsform äußert. Bismarck selbst war ein Beweis für die Richtigkeit dieser Argumentation. Er war, wie er selbst stets behauptete, durch und durch dynastisch", aber nur solange Kaiser Wilhelm I. lebte; Wilhelm II., der ihn schlecht behandelte, liebte er nicht, und er machte aus seinen Gefühlen kein Geheimnis. Er hängte das Bild des „jungen Mannes" in die Waschküche und schrieb ein Buch über ihn, welches dank der Angriffe, die es enthielt, nicht veröffentlicht werden konnte. . . . Die Überzeugung, daß ein göttlicher Wille den Monarchen auf seine Stelle gesetzt habe und ihn auch dort erhalte — diese Überzeugung wurde in dem deutschen Volke systematisch gezüchtet und bildete einen integrierenden Bestandteil des auch dem Kaiser anerzogenen Denkens. Alle seine Aussprüche sind auf diesen Grundton gestimmt, sie alle atmen diesen Gedanken. Ein jeder Mensch aber ist das Produkt seiner Geburt, seiner Erziehung und seiner Erfahrung. Und bei der Beurteilung Wilhelms II. muß berücksichtigt werden, daß er von Jugend auf getäuscht und ihm eine Welt gezeigt worden ist, die gar nicht besteht. . . . Ich glaube nicht, daß es einen Regenten gibt, der von einem besseren Willen beseelt war als Kaiser Wilhelm. Er lebte nur seinem Berufe — so wie er ihn auffaßte —, sein ganzes Denken und Trachten kreiste um den deutschen Pol. Familie, Zerstreuung, Vergnügen, alles trat bei ihm zurück hinter dem einen Gedanken, das deutsche Volk groß und glücklich zu machen und zu erhalten, und wenn der gute Wille genügen würde, um Großes zu leisten, so hätte Kaiser Wilhelm Großes leisten müssen.

Von Anfang an ward er mißverstanden.

Er hielt Reden, tat Aussprüche und machte Gesten, die nicht nur die Zuhörer, aber die Welt gewinnen sollten, und stieß so oft damit ab. Aber nie kam er zum Bewußtsein des tatsächlichen Effektes seiner Handlungen, weil er nicht so sehr von seiner Umgebung im engeren Sinne, sondern von dem ganzen deutschen Volke systematisch getäuscht und irregeführt wurde. Wie viele Millionen, die heute nur Flüche hinter ihm herschleudern, konnten sich nicht tief genug bücken, wenn er im Glanze seiner ganzen Herrlichkeit am Horizonte erschien, wie viele fühlten sich beglückt, wenn nur ein kaiserlicher Blick auf sie fiel — und alle sie sind sich wohl heute nicht klar darüber, daß sie selbst die Schuld daran tragen, dem Kaiser eine Welt vorgetäuscht zu haben, die niemals bestanden hat, und ihn in eine Richtung getrieben zu haben, in welche er sonst nie gekommen wäre . . . Ich hatte zufällig Gelegenheit, Kaiser Wilhelm in einer in seinem Leben sehr wichtigen Phase zu studieren. In der berühmten

Novembertagen des Jahres 1908,

als die großen Stürme im Reichstage gegen Kaiser Wilhelm losbrachen, als der damalige Reichskanzler Fürst Bülow ihn so ziemlich preisgab, war ich mit dem Kaiser bei einem Freunde zusammen. Obwohl er mit uns fremden Gästen, die ihm ferner standen, über das Thema nicht sprach, so war doch der überwältigende Eindruck, den diese Berliner Vorgänge auf ihn machten, vollständig sichtbar, und ich hatte das Gefühl, in Wilhelm II. einen Menschen zu sehen, der mit vor Entsetzen geweiteten Augen zum erstenmal in seinem Leben die Welt so sieht, wie sie wirklich ist. Er sah am Horizont die brutale Wirklichkeit aufsteigen, die ihm wie eine häßliche Fratze erschien. Vielleicht zum erstenmal in seinem Leben fühlte er ein leises Beben unter den Füßen seines Thrones. Er hat die Lehre zu schnell vergessen. Wäre der überwältigende Eindruck, der durch mehrere Tage vorgeherrscht hat, ein nachhaltiger geblieben, vielleicht hätte es ihn dazu bewogen, aus den Wolken, in welche ihn seine Umgebung und sein Volk hinaufgehoben hatten, herunterzusteigen und wieder festen Boden unter den Füßen zu suchen. Und umgekehrt: hätte das deutsche Volk den Kaiser öfter so hart angefaßt wie damals, so hätte es ihn heilen können . . .

In seinen jüngeren Jahren hielt sich Kaiser Wilhelm nicht immer streng an das Konstitutionelle; später legte er diesen Fehler vollständig ab und handelte niemals ohne Wissen seiner Ratgeber. In der nächsten Zeit, in welcher ich amtlich mit ihm zu tun hatte, konnte er als Vorbild konstitutionellen Vorgehens gelten. In den Jahren 1917 und 1918, in welchen ich amtlich mit Kaiser Wilhelm zu tun hatte, war seine

Scheu vor unangenehmen Erörterungen

so stark, daß es oft die größten Schwierigkeiten machte, das Notwendige an den Mann zu bringen. Ich erinnere mich, daß ich einmal auf Kosten der Rücksicht, die man einem Kaiser schuldig ist, eine private Aussprache direkt erzwingen mußte. Ich war mit Kaiser Karl an der Ostfront und stieg in Lemberg aus, um dort in den Zug Kaiser Wilhelms einzusteigen, und zwei Stunden mit ihm zu fahren; ich hatte ihm einiges vorzutragen, aber es war nichts besonders Unangenehmes darunter. Ich weiß nicht, warum, aber offenbar erwartete der Kaiser peinliche Auseinandersetzungen und setzte der erbetenen Aussprache unter vier Augen eine passive Resistenz entgegen. Er lud mich in den Speisewagen zum ersten Frühstück ein, und dort saßen wir in Gesellschaft von ungefähr zehn Herren, so daß keine Möglichkeit war, die sachliche Konversation zu beginnen. Das Frühstück war längst beendet und der Kaiser erhob sich nicht. Ich mußte ihn mehrmals und das letztemal sehr ausdrücklich ersuchen, mir einen privaten Vortrag zu ermöglichen, bis er endlich aufstand — dann aber noch einen Herrn des Auswärtigen Amtes der Unterredung beizog, wie um bei demselben Schutz gegen erwartete Vorstöße zu finden. Mit Fremden war Kaiser Wilhelm niemals schroff, was seinen eigenen Leuten gegenüber öfters vorgekommen sein soll.

Natürlich hat es auch in der engsten Umgebung des Kaisers Wilhelm Männer gegeben, deren Mannesstolz vor dem Kaiserthron keine starke Belastung vertrug. Im allgemeinen aber litten sie mehr unter dem Byzantinismus Deutschlands, als daß sie sich an ihm erfreuten. Ich habe immer gefunden, daß die Servilsten nicht die am Hofe Lebenden waren, sondern Generale, Admirale, Professoren, Beamte, Volksvertreter und Gelehrte, die den Kaiser seltener sahen. Speziell in der zweiten Hälfte des Krieges waren die maßgebenden Männer um Kaiser Wilhelm herum gewiß keine Byzantiner —

vor allem Ludendorff nicht.

Dem ganzen Naturell Ludendorffs war jeder Byzantinismus fremd. Energisch, kühn, ziel- und selbstbewußt reizte ihn jeder Widerspruch, und er war in seinen Worten nicht wählerisch. Dabei war es ihm ganz gleichgleichgültig, ob er seinen Kaiser oder jemand anders gegenüber hatte — er ging gegen jeden an, der sich ihm in den Weg stellte. Der Byzantinismus hat zweifellos in Berlin viel abstoßendere Formen angenommen, als dies jemals in Wien der Fall war. Das Faktum allein, daß hohe Würdenträger dem Kaiser Wilhelm die Hand küßten, wäre ein in Wien ganz unmögliches Vorkommen gewesen. Ich habe das sehr oft gesehen.

Wiener Jammer.

Von allen Staatswesen, die nach dem großen Zusammenbruch des vorigen Jahres übrig geblieben oder entstanden sind, befindet sich die sogenannte Republik Österreich in der kläglichsten Lage. Ohne ein Wort des Protestes hat die Wiener Nationalversammlung soeben den Friedensvertrag von St. Germain genehmigt, denselben Vertrag, den die gesamte Bevölkerung, als er bekannt geworden war, mit allen Zeichen äußerster Entrüstung weit von sich gewiesen hatte. Es blieb auch hier keine Wahl, die Machtfrage war ja längst entschieden, und an fruchtlosem Lamentieren hätten nur die Feinde Österreichs ihre Freude gehabt. Also fügte man sich mit Würde in das Unvermeidliche und verzichtete darauf, Trost zu suchen in dem Gedanken, daß dieser Gewaltfriede ebensowenig wie derjenige von Versailles das Ende aller Dinge bedeuten werde. Die Entente ist also auch hier endlich ans Ziel gelangt.

Doch was aus dem Sechsmillionenstaat, der um die ehemalige Reichshauptstadt herum übrig geblieben ist, nun eigentlich werden soll, das ist vorläufig ein vollkommenes Rätsel. Die klügsten Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie stehen hier vor unlösbaren Aufgaben, und so sind sie nach und nach recht bescheiden geworden. Der Anschluß an Deutschland, der einzige Weg, der Rettung zu bringen versprach, ist versperrt. Daß aber die Republik, auf sich allein gestellt, nicht leben und nicht sterben kann, tritt mit jedem Tage deutlicher hervor. Sie trägt noch den ganzen Zuschnitt der großen Vergangenheit, und ist doch zu einem schattenhaften Dasein zusammengeschrumpft. Allein schon die Tatsache, daß die Hauptstadt mit ihren zwei Millionen Einwohnern dem ziemlich schwach besiedelten Hinterland mit einer Bevölkerung von vier Millionen gegenübersteht, weist auf die Unnatur der Verhältnisse hin, die hier künstlich geschaffen worden sind. Es kommt hinzu, daß an der überlieferten Einrichtung der „Länder" festgehalten worden ist — festgehalten werden mußte, weil weder die Steiermärker noch die Nordtiroler noch die Kärntner auf ihre einzelstaatliche Selbständigkeit zugunsten des Wiener Wasserkopfes je verzichtet hätten. Und so weit ein staatliches Gemeinschaftsgefühl zwischen Stadt und Land noch lebendig geblieben war, wurde es mehr und mehr unterwühlt durch die einseitige Richtung der inneren Politik, die unter dem Druck der Wiener Arbeiterschaft von der Nationalversammlung beliebt wurde. Die Bauern draußen im Lande haben den Eindruck, daß sie nach den Rezepten des Sozialismus zwangsweise zu russischen Lebensgewohnheiten bekehrt werden sollen, während sie doch im Grunde ihres Herzens weder republikanisch noch atheistisch gesinnt sind und gar für die Heilslehren des Kommunismus nur zornigste Verachtung übrig haben. Je herrischer man ihnen gegenüber auftreten

wollte, desto weniger Lust verspürten sie, für die Wiener auch nur den kleinen Finger zu rühren, die nach ihrer Meinung nur Lärm zu machen und anderen Leuten Vorschriften zu geben verstehen, die produktive Arbeit dagegen den recht gering eingeschätzten „Genossen in der Provinz" überlassen. So haben sich denn die Wiener Regierungsmänner, als sie kürzlich eine Zusammenkunft von Vertretern der Länder veranlaßten, um einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Leistung und Gegenleistung zu befürworten, einen regelrechten Korb geholt. Die Lieferungen nach der Hauptstadt werden auch fernerhin nur äußerst spärlich fließen, und Wien muß zusehen, ob und wie es sich auf andere Weise in seiner täglich bedrohlicher ansteigenden Not zu helfen vermag.

Schon ist es so weit gekommen, daß in der letzten Stadtratssitzung ein regelrechter Hilferuf nach Amerika beschlossen wurde. Man steht, so heißt es in dem einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrag, vor einer unabwendbaren Katastrophe, wie sie gleich grauenvoll nie zuvor eine Großstadt betroffen hat, und die unter Auflösung der ganzen sozialen Ordnung Hunderttausende mit dem Tode bedroht. Diesen furchtbaren Zusammenbruch vermögen wir aus eigener Kraft nicht abzuwenden. In diesem Winter sind wir unbedingt noch auf fremde Hilfe angewiesen. Wenn irgend jemand, so ist Amerika in der Lage, uns Rettung zu bringen. Es ist kein Zweifel, daß das amerikanische Volk, wenn es nur wirklich weiß, was für Wien auf dem Spiele steht, unserem Untergang nicht untätig zusehen wird. In Erwägung dessen wird der Antrag gestellt, die Gemeinde Wien möge sich unverzüglich mit einem Aufruf an die Bevölkerung und das Parlament von Amerika mit der Bitte um Hilfe wenden. Und wenn die Amerikaner hören, daß alle eisernen Vorräte erschöpft sind, daß man von einer Woche zur anderen nicht weiß, ob die Mehlquote honoriert werden kann, so werden sie sich dem ungeheuren Jammer dieser Lage gewiß nicht entziehen. Womit indessen höchstens Menschen vor dem Hungertode gerettet, nicht aber Fundamente für die „Republik Österreich" gelegt werden können. Wenn diese auch nur notdürftig existieren soll, dann bedarf es einer baldigen Revision des eben erst unterschriebenen Vertrages von St. Germain. Herr Clemenceau mag wollen oder nicht.

Aus Auras und Umgegend.

Auras, den 24. Oktober.

* Der nächste Gerichtstag findet in Auras am Sonnabend, den 8. November, statt. Anträge auf Erledigung von gerichtlichen Angelegenheiten am Gerichtstage sind alsbald beim Amtsgericht Wohlau zu stellen.

* Die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Breslau hat den Lehrer Herrn Mai zum zweiten Lehrer an der hiesigen katholischen Schule unter Festsetzung des Dienstantritts auf den 1. Oktober d. J. ernannt.

* Der hiesige Männer-Gesangverein hält jetzt seine Gesangstunden wieder allwöchentlich Dienstag im Vereinslokal ab.

Aus Schlesien und den Grenzgebieten.

Breslau. Ende des Kleinbahnerstreiks. Der Kleinbahnerstreik auf den Linien der Firma Lenz u. Co. ist durch einen von beiden Teilen angenommenen Schiedsspruch beigelegt worden. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden. — Erfolgreicher Handwerker. Der frühere Fabrikbesitzer Gustav Trelenberg ist in Krummhübel im Alter von 76 Jahren gestorben. Er begründete 1869 eine kleine Schlosserei auf der Sonnenstraße, in der er allein alle Arbeiten ausführte. Im Laufe der Jahre gelang es ihm, durch Fleiß und Tüchtigkeit seinen Betrieb immer weiter zu vergrößern, so daß dieser sich schließlich in Gräbschen, wohin er später verlegt wurde, zum großindustriellen Fabrikbetrieb, dem bekannten Eisenwerk Trelenberg, entwickelte, das heute 500 Arbeiter beschäftigt. 1905 übergab Gustav Trelenberg das Werk seinen Söhnen, um sich in den Ruhestand zurückzuziehen. — Raubmord. Am Sonntag wurde in seiner Wohnung, Theaterstraße 1, der Gelegenheitsdichter und Maskenverleiher Heinz Normann ermordet aufgefunden. Die Tat ist bereits am Donnerstag abend oder Freitag früh verübt worden. Der oder die Täter haben den Normann zunächst durch einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf die rechte Stirnseite betäubt und ihn dann durch einen Stich in die linke Brustseite getötet. Geraubt wurde, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, nur bares Geld. — Oeser in Breslau. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Oeser, hat die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien" in Breslau besucht. — Besitzwechsel im Schauspielhause. Das Breslauer Schauspielhaus, die Operettenbühne unserer Stadt, ist für einen sehr ansehnlichen Kaufpreis in den Besitz des seitherigen Pächters dieser Bühne, Dr. Theodor Löwe, übergegangen. Eigentümer waren bisher die Hauptleute Schmeidler und Nieter, welch letzterer auch im Schauspielhaus in den ersten Jahren seines Bestehens die Direktion führte. Dr. Löwe ist bekanntlich auch Besitzer des Lobetheaters, das bis zum übernächsten Jahr an Direktor Gorter verpachtet ist. Das Schauspielhaus hat unter seiner Leitung in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen und gehört heute zu den vom Breslauer Publikum am meisten bevorzugten Bühnen. — Streik in der Damenkonfektion. Die kaufmännischen Angestellten der Damenkonfektion sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Auch die Angestellten der Herren- und Knabenkonfektion drohen mit Streik. — Nach Dänemark! Freitag abend versammelten sich ca. 120 Kinder am Hauptbahnhof, um auf sechs Wochen nach Dänemark zur Erholung zu gehen.

Bernstadt. Unsere Dragoner bleiben in Bernstadt. Nach der Aufstellung über die Verteilung der Truppenkörper im Bereich des bisherigen 6. Armeekorps ist auch Bernstadt als Garnison einer Schwadron des 8. Dragoner-Regiments vorgesehen.

Carolath. Jagdunglück. Am Freitag erschoß auf dem Anstand der Jagopächter, Stellenbesitzersohn und Maurer Fritz Seiler aus Thiergarten, die Kutschersfrau Pauline Tschiersch. Diese war auf ihrem Grundstück mit Kartoffellesen beschäftigt und wurde von Seiler in der Dunkelheit für ein Stück Wild gehalten.

Cosel. Von 14 bewaffneten Banditen wurde das Pfarrhaus in Dziergowitz überfallen, die die allein anwesende Mutter und Schwester des Pfarrers schwer mißhandelten und alsdann eine größere Geldsumme, Schmuckgegenstände, sowie viel Lebensmittel raubten, mit welcher großen Beute die Räuber unerkannt entkamen.

Cosel-Oderhafen. Schleichhandel. Auf einem hier vor Anker liegenden Schiffe wurden von der Revisionsbehörde große Mengen von Speck und Büchsenfleisch, das von mehreren Fleischern auf dem Wasserwege verschoben werden sollte, aber von einem Schiffer verraten worden war, beschlagnahmt und die Untersuchung gegen die Schieber eingeleitet.

Dyhernfurth. Bürgermeister Nerlich verläßt nun endgültig unseren Ort, um den Bürgermeisterposten in der Stadt Polkwitz anzunehmen, wo er bereits als Bürgermeister vom Regierungspräsidenten bestätigt ist.

Falkenberg. Freiherr von Reibnitz, der frühere Landrat des Kreises Falkenberg, ist zum mecklenburgischen Ministerpräsidenten ernannt worden.

Freiburg. Wojcik verhaftet. Der nach Verübung großer Kreditschwindeleien in Freiburg und Breslau flüchtig gewordene Kaufmann Wojcik ist in Berlin verhaftet worden. Ueber seine Tätigkeit in Breslau berichtet die Schweidnitzer „Tgl. Rdsch", daß er im Hilfsdienst bei der Kriegs-Darlehnskasse der Reichsbank tätig war und hierbei die Beziehungen gewinnen konnte, die er dann ausbeutete. In Freiburg hatte er sich in die ersten Kreise der Stadt eingeschmuggelt, indem er sich widerrechtlich den Doktortitel beilegte.

Friedland. Grenzschiebungen. Seit längerer Zeit wurde viel besprochen, daß in Friedland unerhörte Durchstechereien mit Hilfe einer Anzahl Beamten vorkämen. Die Ermittelungen ergaben ein derartig erdrückendes Material, daß die Verhaftung einer ganzen Anzahl Beamten der Polizei, der Gendarmerie und des staatlichen Zolldienstes verfügt wurde. Es wurde ein starkes Kommando der Schweidnitzer Militärpolizei nach Friedland beordert, welches die Beamten verhaftete.

Friedland OS. Diebe drangen in das Wohnhaus des Bauergutsbesitzers Bresta in Rennersdorf ein und stahlen außer zwanzig Stück Butter und anderen Lebensmitteln, sowie verschiedenen Kleidungsstücken einen Geldbetrag von 14000 Mark.

Glatz. Feuer entstand hier in der Heinzeschen Wohnung. Der in der Stube weilende sechs Jahre alte Knabe wurde in bewußtlosem Zustande aus dem verqualmten Raume herausgeholt, starb aber nach seiner Ueberführung in das Krankenhaus.

Görlitz. Seifenschiebungen in größerem Umfange ist man hier auf die Spur gekommen. Von einem Prokuristen Siegfried Rosenthal, der hier in einer Pension wohnte, wurde Seife in bedeutenden Mengen an eine Firma in Löbau verschoben. Die Seife ging von einer Hand in die andere, und jeder Schieber verdiente ein großes Stück Geld — 6000 Mark gestohlen. Aus dem Schuhwarengeschäft der Gebr. Kallmann wurden Herren-, Damen- und Kinderschuhe im Werte von 5- bis 6000 Mark gestohlen.

Greiffenberg. Raubmord. In Welkersdorf wurde eine Frau Nitsche aus Kottbus in einem Kartoffelfelde liegend in hilflosem Zustande aufgefunden. Man schaffte sie ins hiesige Krankenhaus. Sie erzählte, daß sie in Kottbus von einem aus Schosdorf bei Greiffenberg stammenden Mädchen zu einer Hamsterfahrt aufgefordert worden sei. In Schosdorf angekommen, sei sie von dem Mädchen überfallen, geknebelt und so lange geschlagen worden, bis sie die Besinnung verloren und zusammengebrochen sei. Sie habe 85 Mark bei sich gehabt. Das Geld fehlt. Nach dieser Aussage starb die Frau.

Groß-Strehlitz. Eine gräßlich verstümmelte Leiche wurde hundert Meter vom Bahnhof Blottnitz zwischen den Schienen liegend aufgefunden. Der Körper, ebenso wie die Kleidung des Toten waren zerfetzt. Es handelte sich um den 24jährigen Maschinenschlosser Drescher aus Groß-Kottulin, der von seiner Arbeitsstelle Peiskretscham nachts heimkehren wollte. Allem Anschein nach hat der Verunglückte den Haltepunkt Blottnitz verschlafen und den Zug, der nachts gegen 1½ Uhr dort passiert, noch verlassen wollen, als er bereits in Bewegung war. Hierbei ist er wohl mit seinem Mantel oder Rucksack hängen geblieben, eine Strecke weit mitgeschleift und zermalmt worden.

Groß-Wartenberg. Teures Leder. Der „Groß-Wartenberger Stadt- und Kreisbote" brachte eine durch die gesamte Presse gegangene Nachricht über die ungeheure Steigerung der Preise für Häute. U. a. war in der Nachricht gesagt, daß bis 800 Mark für das Stück gezahlt würden. Gerbereibesitzer Bley in Groß-Wartenberg schrieb ihm darauf, daß diese Nachricht „ein Unfug sei, den kein vernünftig denkender Mensch glauben könne". Wie das Blatt nunmehr erfährt, hat B. dieser Tage von einem Fleischermeister eine Rinderhaut zum Preise von 712 Mark gekauft!

Grünberg. Die Weinlese läßt in diesem Jahre im allgemeinen zu wünschen übrig, der Behang ist nicht gerade reichlich, die Trauben fallen vielfach ungleichmäßig aus und sind teilweise nicht vollreif geworden. Im Jahre 1918 ergaben 500 Pfund Trauben etwa 180 Liter Saft, während in diesem Jahre die gleiche Menge nicht erreicht werden dürfte. Trotzdem kann man einen guten trinkbaren Jahrgang erwarten. In einer Sitzung haben der Verband der Weinhändler und der Winzerverein beschlossen, für ein Viertel 500 M. zu zahlen.

Haynau. Am Fleisch erstickt. Beim hastigen Essen blieb einem Arbeiter in Groß-Tschiebsdorf ein Stück Fleisch im Halse stecken, wodurch der Mann den Erstickungstod erlitt.

Hindenburg. Straßenunfall. Auf der Florianstraße wurde der Freiwillige Leo Pionczyk von der Nachrichtenabteilung von einem Automobil überfahren und sofort getötet.

Hirschberg. Ueberfall. Beim Hausbesitzer Marksteiner in Baberhausen drangen des Nachts Diebe ein, mißhandelten die 21jährige Tochter, so daß sie bewußtlos zusammenbrach, und stahlen dann aus dem oberen Stock 4700 Mark Geld.

Lamsdorf. Vom Truppenübungsplatz. Der Reichswehrminister hat den umfangreichen Truppenübungsplatz Lamsdorf als entbehrlich für militärische Zwecke bezeichnet. Es ist nun an den zuständigen militärischen Stellen in Betracht gezogen worden, dieses Gelände für die Ansiedelung von Kriegsbeschädigten bereitzustellen. Die Entscheidung hierüber steht dem Reichsmilitärfiskus in Gemeinschaft mit dem Reichsschatzministerium als Inhabern der Plätze zu. Inzwischen haben Untersuchungen über die Eignung des Lamsdorfer Platzes für die Landbebauung stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß der größte Teil dieses Platzes sich zur Verwendung für Siedelungszwecke eignen wird.

Laubau. Vom Landratsamt. Dem Regierungsrat Dr. Freiherrn von Nordeck zur Rabenau ist die vertretungsweise geführte Verwaltung des Landratsamtes Laubau vom 1. Oktober d. J. ab kommissarisch übertragen worden.

Lipine. Geheimrat Remy †. Am 14. d. M. ist der Generaldirektor der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkgüttenbetrieb in Lipine OS. Geh. Bergrat Richard Remy gestorben.

Münsterberg. Tödlich verunglückt. Dem Gutsbesitzer Heinrich Neugebauer in Bärdorf gingen die Pferde eines von ihm geleiteten Fuhrwerks durch, er stürzte unter die Räder, die ihn derartig zurichteten, daß er verstarb.

Muskau O.-L. Schießunglück. Der 15 Jahre alte Stellmacherlehrling Wilhelm Rakel in Gablonz O.-L. hantierte mit einem geladenen Revolver. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem Lehrling in den Unterleib. Im Muskauer Krankenhaus starb der Schwerverletzte. — Bauunfall. In der Steinzeugröhrenfabrik in Lugknitz wurde der 25 Jahre alte Zimmermann Deutscher aus Sagar von einem Balken so unglücklich an den Kopf getroffen, daß er sofort tot war.

Myslowitz. Durch Einbruch wurde dem Schankwirt Friedrich Kunowski aus seiner eine Treppe hoch gelegenen Wohnung der Betrag von 2800 Mark gestohlen. — Dunkler Zigarettenhandel. Zwei Händler aus Westfalen versuchten hier unversteuerte Zigaretten zu verkaufen. Dabei wurden sie von der Polizei abgefaßt und ihr ganzer Vorrat im Werte von 16000 Mark beschlagnahmt. Außerdem haben sie die Schmerbestrafung wegen Steuerhinterziehung zu gewärtigen, die tief ins Portemonnaie geht.

Namslau. Protest. Der Kreisausschuß von Namslau protestierte nach den Mo genblättern dagegen, daß der nordöstliche Teil des Kreises mit der rein deutschen Stadt Namslau, 9 deutschen Gemeinden und 6 Gutsbezirken ohne weiteres an Polen überwiesen werden soll, während der südöstliche mit 15 deutschen Gemeinden und 6 Gutsbezirken in das oberschlesische Abstimmungsgebiet einbezogen worden ist.

Neisse. Ueberfall auf eine landwirtschaftliche Kundgebung. In Neisse war für Sonntag eine große Kundgebung der Landwirte für die Aufhebung der Zwangswirtschaft angekündigt. Es sollte ein Demonstrationszug und eine Versammlung stattfinden. Als der Demonstrationszug den Ring erreichte, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, überfiel ein Haufe junger Burschen den Zug, und es entwickelte sich eine große Prügelei, wobei einige Landwirte, die den Zug zu Pferde anführten, von den Pferden gerissen und gemißhandelt wurden. Eine ganze Anzahl Personen erlitten Verletzungen.

Neumarkt. Zum Bürgermeister von Spremberg (Lausitz) wurde der hiesige Bürgermeister Steffen, früher Bürgermeister in Triebel, gewählt.

Oels. Reichswehrminister Noske in Oels. Am 13. Oktober traf Reichswehrminister Noske im Kraftwagen von Oppeln her in Oels ein. Nach einem kurzen Frühstück im „Goldenen Adler" fand im Schloß eine anderthalbstündige Besprechung statt. Anschließend daran fuhr der Reichswehrminister zu einer Truppenbesichtigung auf den Exerzierplatz Oels. — Eine verheerende Seuche herrscht in Schmarse unter dem Geflügel. Zumeist fallen ihr Gänse und Hühner zum Opfer.

Ohlau. Vom Landratsamt. Der Kreistag hat den kommissarischen Landrat, Regierungsrat Mackensen von Astfeld, einstimmig zum Landrat gewählt und beschlossen, die Staatsregierung zu bitten, ihn baldmöglichst endgültig zum Landrat zu ernennen. — Gegen die Wohnungsnot. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 120000 Mark zwecks Ausbaues der Unionsbrauerei zu Wohnungszwecken.

Ratibor. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich am Bahnhof Studzienna. Den Vorzug nach Troppau benutzte eine Anzahl Ortsbewohner aus Woinowitz. Obwohl die Wagen durchaus nicht überfüllt waren, blieb ein großer Teil der Passagiere auf der Plattform bzw. auf den Trittbrettern stehen. Ihr Studzienna sollte mit dem Zug Umzugsgut verladen werden. Der Wagen war leider zu nahe an das Eisenbahngleis herangefahren worden. Der einfahrende Zug erfaßte den Wagen und riß ihn um. Hierbei wurde eine Anzahl der auf den Trittbrettern stehenden Personen heruntergerissen, und zwei derselben kamen unter die Räder. Sie wurden mitten entzweigeschnitten. Es handelt sich um zwei Einwohner aus Woinowitz namens Klein und Konietzky. Ersterer ist Vater von neun Kindern.

Reichenbach. Aufsehen erregt der Selbstmord des Barons von Sittmann, der seit Jahresfrist hier zugezogen lebte. Er machte in seiner Wohnung seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Nahrungssorgen und Kummer über die gegenwärtigen Verhältnisse dürften ihn in den Tod getrieben haben.

Rybnik. Von bewaffneten Banditen wurde das Besitztum des Gasthausbesitzers Sachs in Glasin heimgesucht und der um Hilfe rufende Gastwirt durch einen Schuß in den Unterleib sofort tot niedergestreckt. Hierauf raubten die Einbrecher 4000 Mark bares Geld und eine Menge Waren. Die Verfolgung der Verbrecher führte zu dem Ergebnis, daß die Anführer der Bande in der Person der Grubenarbeiter Bugiel aus Radlin und Czeciwoda aus Rydultau festgenommen werden konnten, in deren Behausung auch eine Menge gestohlener Sachen vorgefunden wurden. — In der Nacht wurden auf dem Wege zwischen Boguschowitz und Chwallowitz 18 aus der Schicht heimkehrende Bergleute, die im Besitz ihrer Löhnung waren, von einer Anzahl Banditen in Uniform überfallen und ihres Geldes beraubt. Der Räuberhorde fielen 4500 Mark Geld in die Hände. Während die Banditen von einer militärischen Abteilung verfolgt wurden, schlichen sich mehrere ihrer Komplizen in die Quartiere der Verfolger und bewarfen diese mit Handgranaten, die eine große Verwüstung anrichteten. Von den Tätern konnte keiner erwischt werden. — Banditen drangen bei der Witwe Spendel in Stanowitz ein und raubten 8000 Mark. Sie entkamen unerkannt.

Schweidnitz. Ein schwerer Maschinenbruch ereignete sich in den Bartschschen Lederwerken. Mit großem Getöse platzte die im Betriebe befindliche 300pferdige Dampfmaschine auseinander. Die einzelnen Teile der Maschine wurden teils stark verbogen, teils zertrümmert im Maschinenraum umhergeschleudert. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Die Reparatur der Dampfmaschine dürfte gegen 20000 Mark kosten; außerdem muß der Betrieb mehrere Wochen stilliegen, wodurch gegen 100 Arbeiter beschäftigungslos geworden sind.

Sohrau. Tödlicher Unfall. Die Pferde eines dem Gasthausbesitzer Sleziona in Warschowitz gehörenden Gespannes scheuten plötzlich. Der im Wagen sitzende 16jährige Sohn des Besitzers wurde herausgeschleudert. Die Räder gingen ihm über die Brust, so daß er bald darauf verstarb.

Strehlen. Vom Landratsamt. Landrat von Lücken ist in den Ruhestand versetzt. Die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes ist dem Regierungsrat Frhrn. von Kirchbach übertragen.

Striegau. Eine Kindesleiche ohne Kopf. In der hiesigen Kläranlage fand der Klärmeister am Rechen der Wasserzuführung die Leiche eines kleinen Kindes, dem der Kopf abgeschnitten war. Die herzlose Mutter muß die Tat bald nach der Geburt des Kindes verübt haben. Der Kopf des Kindes war bisher nicht aufzufinden.

Trachenberg. Auf dem Viehmarkt am Mittwoch waren 128 Pferde und 165 Schweine aufgetrieben. Für letztere wurden 120, 140 und 170 M., je nach Größe verlangt. Der Krammarkt wies lebhaften Verkehr auf. — Schleichhandel. Der Polizei gelang es, zwei auswärtige Schleichhändler auf der Wanglewer Chaussee abzufassen. Dieselben hatten versucht, etwa 8 Zentner Schweine- und Rindfleisch, aus dem Kreise Guhrau kommend, nach Breslau zu schaffen.

Waldenburg. Waldenburg kommunalisiert! Die Stadtverordnetensitzung brachte den Handels- und Gewerbetreibenden Ankündigungen von schwerwiegender Bedeutung. Von sozialdemokratischer Seite war an den Magistrat eine Interpellation gerichtet, dahingehend, was die Stadt zu tun gedenke, um der Wiederkehr derartiger Unruhen vorzubeugen, wie sie die letzte Zeit im Waldenburger Industriebezirk stattfanden. Besonderer Wert wurde dabei auf das Verlangen der energischsten Bekämpfung des Wuchers und vor allem auf die Kommunalisierung größerer Wirtschaftsbetriebe gerichtet. In der vom Ersten Bürgermeister Dr. Erdmann gegebenen Erwiderung wurde nach dem Hinweis, daß bereits das Gas- und Wasserwerk, der Schlachthof, die Badeanstalt, die Kreisschlächterei, die Ziegelei und das Stadtgut als kommunalisierte Betriebe anzusehen sind, in Aussicht gestellt, daß als weitere zu kommunalisierende Objekte gelten sollen das Elektrizitätswesen, die Apotheken, die Milchversorgung, das Bankwesen, die Lichtspieltheater und der Althandel. Zur Durchführung dieser Bestrebungen wurde nach einer einstündigen Debatte eine Kommunalisierungs-Kommission gebildet.

Wohlau. Ein besonderes Pech hatte ein Breslauer Malermeister auf der Hamsterfahrt von Seifrodau nach Wohlau. Zunächst verlor er seine Brieftasche mit Papieren, dann das Portemonnaie mit Inhalt, und schließlich geriet er auch noch der Gendarmerie in die Hände, die ihm bei der Revision des Fuhrwerks im Riegener Walde für etwa 200 Mark Rindfleisch abnahm.

Posen. Polnische Gerichtsbarkeit. Die Polen beschleunigen jetzt die Ueberführung der gesamten Gerichtsbarkeit in Posen auf polnische Richter. Zu diesem Zweck trafen 170 Richter aus Galizien in Posen ein.

Osramwerke G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Berlin O. 17

Ein Vermächtnis.

Roman von R. Waldbröhl.

(Nachdruck verboten.)

9) (Fortsetzung).

„Höchst merkwürdig — in der Tat! Und haben Sie sie denn nicht vorhin gefragt, was sie in dem Hause zu schaffen hatte?"

„Ich werde mich hüten! Wenn man dieser Person hinter ihre Schliche kommen will, muß es so geschehen, daß sie nichts davon merkt. Davon, daß man ihr etwas auf den Kopf zusagt, kann man sich nur dann eine Wirkung versprechen, wenn man wenigstens einiges Ueberführungsmaterial in den Händen hat. Und dessen können wir uns leider bis jetzt nicht rühmen. Ist es doch nicht einmal sicher, ob dieser Herr von Hagen zu ihr in Beziehungen steht, oder ob es nicht vielleicht irgendeine andere Persönlichkeit ist, die durch ihn gedeckt wird."

„Das klingt ja immer mysteriöser! Und was bringt Sie auf solche Vermutung?"

„Die Auskunft, die wir von den hauptstädtischen Behörden erhalten haben. Sie sind nämlich selber im unklaren über die Bewandtnis, die es mit dem bewußten Hause und seinem Mieter hat. Herr von Hagen gilt zwar als eine ganz einwandfreie Persönlichkeit, der sich nicht das geringste nachsagen läßt."

Aber", fuhr der Kommissar fort, „die geheime politische Polizei hat vor einiger Zeit von auswärts einen Wink erhalten, daß er in Beziehungen zu hochstehenden ausländischen Personen stehen und besondere politische Zwecke verfolgen müsse, über deren Natur man allerdings bis jetzt nicht unterrichtet ist."

„Ah, ein Spion also!"

„Vielleicht nicht gerade das! Es scheint sich vielmehr um Dinge zu handeln, die eine auswärtige Dynastie berühren, wegen deren man sich aber hier in Deutschland nicht allzu sehr aufzuregen braucht. Wahrscheinlich geschah es auch aus diesem Grunde, daß man den Herrn von Hagen bisher unbelästigt gelassen hat, obwohl es einigermaßen befremdlich scheinen muß, daß der Mann, der ein sehr elegant eingerichtetes und geräumiges Junggesellenquartier bewohnt, sich nebenher noch ein ganzes Haus gemietet hat, das er, wie die polizeilichen Recherchen ergeben haben, selten oder niemals betritt."

„Das nämliche Haus, in das sich die Zorka begeben hat — nicht wahr?"

„Ja, das nämliche. Wenn man nicht etwa annehmen will, daß sie Beziehungen zu dem Diener unterhält, der für gewöhnlich der einzige Bewohner ist, so bleibt nur die Vermutung, daß sie dort eine geheime Zusammenkunft mit Herrn von Hagen oder mit einer von den unbekannten Persönlichkeiten hatte, für die das Haus auf den Namen des Herrn von Hagen gemietet worden ist."

„Und was folgern Sie aus alledem in bezug auf das hier verübte Verbrechen? Glauben Sie vielleicht, daß auch diese gegen ein junges Mädchen verübte Missetat in irgendwelchem Zusammenhang stehen könnte mit den dynastischen Angelegenheiten, für die jener mysteriöse Herr von Hagen angeblich tätig ist?"

Der Kommissar zuckte die Achseln.

„Ich glaube einstweilen gar nichts! Aber ich würde auch durch nichts in Erstaunen versetzt werden. An einen gewöhnlichen Einbrecher, dem es um Geld oder Geldeswert zu tun gewesen wäre, denke ich schon längst nicht mehr. Von einem eifersüchtigen Liebhaber oder etwas dergleichen kann bei der Jugend der beiden Damen, bei der Eingezogenheit ihres Daseins und der Musterhaftigkeit ihrer Lebensführung kaum die Rede sein. Bleibt also nur die Annahme, daß der Mörder anderen, uns vorläufig unbekannten Interessen zu dienen suchte. Warum sollten diese Interessen nicht schließlich dieselben sein, die Herr von Hagen verfolgt?"

Dr. Hellbach dachte ein wenig nach; dann schüttelte er den Kopf.

„Das sind Kombinationen, denen ich vorläufig noch nicht zu folgen vermag. Und — Sie werden mir diese Offenheit nicht übelnehmen, lieber Freund! — es will mir beinahe scheinen, als ob Sie in Gefahr wären, sich auf phantastischen Irrwegen zu verlieren. Warum nach romanhaften politischen Motiven suchen, solange die viel näher liegende Möglichkeit besteht, daß das unglückliche junge Mädchen der Habgier oder der Mordlust eines gemeinen Verbrechers zum Opfer gefallen ist?"

Der Beamte zeigte sich durch diesen Zweifel nicht im mindesten gekränkt.

„Genau dasselbe habe ich vorhin von dem Herrn Untersuchungsrichter zu hören bekommen, der mich ohne Zweifel in der Stille seines Herzens gleich Ihnen für einen in blöde Hirngespinste verwickelten Phantasten hält und mir nicht undeutlich zu verstehen gegeben hat, daß er in der bisherigen Ergebnislosigkeit meiner Nachforschungen einen bedenklichen Mangel an kriminalistischer Tüchtigkeit erblickt. Gerade deshalb war mir so viel daran gelegen, mit Ihrer Patientin zu sprechen. Nicht über den Hergang der Tat wollte ich sie befragen; denn ich bin schon jetzt fest überzeugt, daß sie darüber nicht das geringste zu sagen weiß; sondern ich gedachte den Zusammenhängen nachzuspüren, die zwischen den Zwillingsgeschwistern und dem Herrn von Hagen bestehen. Aber wenn Sie sagen, daß das Erinnerungsvermögen des jungen Mädchens vollständig erloschen ist, so muß ich wohl auch diese schwache Hoffnung fahren lassen."

„Ich sage nicht, daß es für immer erloschen sein wird, lieber Herr Gruber! Nach und nach, oder vielleicht auch eines Tages ganz plötzlich, wird es sich wohl wieder einstellen. Und dann wird niemand Sie daran hindern können, Ihre Fragen an Fräulein von Reichenau zu richten. Dafür, daß sie Ihnen nicht aus bösem Willen etwas verheimlichen und Sie nicht aus bösem Willen anlügen wird, glaube ich mich, wie gesagt, verbürgen zu können."

„Na ja! Warten wir es also ab!" erklärte der Kommissar mit einem kleinen Seufzer der Resignation. Nur eine Frage noch, Herr Doktor! Darf ich in dieser Angelegenheit auch weiterhin auf Ihren freundschaftlichen Beistand zählen?"

„Unbedingt! Ich bin selber viel zu sehr an einer Aufklärung des abscheulichen Verbrechens interessiert, als daß ich nicht mit Freuden alles tun sollte, was in meinen Kräften steht, um zu dieser Aufklärung beizutragen."

Gruber erhob sich und reichte ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen für diese Zusage! Denn ich habe die Empfindung, daß Ihre Hilfe mir eines Tages von höchstem Werte sein wird. Sie werden mich also sofort benachrichtigen, wenn Sie der Meinung sein sollten, irgendeine interessante Wahrnehmung gemacht zu haben?"

„Ich verspreche es Ihnen auf das bestimmteste. Die Schonung, die Sie jetzt auf meine Bitte der armen Patientin gewähren wollen, macht mich ohnehin zu Ihrem Schuldner."

Damit trennten sie sich als gute Bundesgenossen, und Hellbach hatte Muße genug gehabt, die angenehme Gedankenkette weiterzuspinnen, die vorhin durch das Erscheinen des Kommissars unterbrochen worden war. Aber der Inhalt seines mit Gruber geführten Gespräches machte es ihm unmöglich. Zwar hatte seine Überzeugung von der makellosen Lauterkeit der jungen Baronesse von Reichenau auch durch die Mitteilungen des Kriminalisten nicht erschüttert werden können; aber die Atmosphäre des Geheimnisses, die seine schöne junge Patientin umgab, wirkte doch peinigend und beklemmend auf ihn ein, und inniger als je zuvor hegte er jetzt den Wunsch, daß eine gnädige Schicksalsfügung bald Licht in das Dunkel bringen möge, das seine Schatten auch auf das liebliche Bild der durch seine ärztliche Kunst vom Tode Geretteten warf.

8. Kapitel.

Ein halbes Geständnis.

Was der Kommissar Gruber von der Mißstimmung des Untersuchungsrichters gesagt hatte, traf vollständig zu. Je größer das Vertrauen gewesen war, das der Herr Rat anfänglich in den Scharfblick und die Tüchtigkeit des Polizeibeamten gesetzt hatte, desto ärgerlicher war die Enttäuschung, die ihm die scheinbare Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen bereitete. Die Frankenthaler Zeitungen fingen schon an, ihre Glossen darüber zu machen, daß der Mörder immer noch nicht entdeckt war, und an diesem Morgen hatte der Untersuchungsrichter sogar in einem hauptstädtischen Blatte lesen müssen, daß die Frankenthaler Behörden offenbar der ihnen gestellten Aufgabe sehr wenig gewachsen seien. Das verdroß ihn begreiflicherweise um so gewaltiger, als er sich gerade von dieser, seiner Bearbeitung anvertrauten Sensationsaffäre eine gewisse Berühmtheit versprochen hatte. Und er war sehr geneigt, den phantastischen Schrullen des Kommissars die Schuld beizumessen, wenn diese erhoffte Berühmtheit sich jetzt schon beinahe in das Gegenteil verkehrt hatte.

In dieser Stimmung empfing er den höchst überraschenden Besuch desselben Herrn, der nach Grubers Meinung eine so überaus geheimnisvolle und verdächtige Persönlichkeit sein sollte. Der Gerichtsdiener meldete einen Herrn von Hagen, und statt des düster blickenden Verschwörers, auf den sich das naive Gemüt des Frankenthaler Untersuchungsrichters halb und halb gefaßt gemacht hatte, trat ein sehr elegant gekleideter, weltmännisch gewandter Herr in mittleren Jahren über die Schwelle des nüchternen Amtszimmers.

Sein Aussehen war so unverfänglich, und sein Benehmen von so ruhiger Sicherheit, daß der Herr Rat schon nach Verlauf von kaum zwei Minuten auch den letzten Argwohn fahren ließ, der vielleicht bis dahin noch in einem Winkel seiner Seele gelebt hatte, und daß er dem Besucher auch seinerseits mit der vollkommenen Höflichkeit des wohlerzogenen Mannes begegnete.

Herr von Hagen, der vorsorglicherweise alle nur wünschenswerten Ausweispapiere über seine eigene Person mitgebracht hatte, legitimierte sich als der von einem österreichischen Gericht in aller Form bestellte Vormund der verwaisten Zwillingsgeschwister Ada und Hilda von Reichenau und gab mit dem Ausdruck ehrlichster Betrübnis sein tiefes Bedauern darüber kund, daß ihn die Nachricht von dem geschehenen Unglück erst mit so großer Verspätung erreicht habe, da er andernfalls selbstverständlich keinen Augenblick gezögert haben würde, nach Frankenthal zu eilen. Er erklärte, über die Einzelheiten des erschütternden Vorkommnisses auch jetzt noch nicht genau unterrichtet zu sein, und erbat sich von dem Untersuchungsrichter nähere Auskünfte, die ihm natürlich bereitwilligst erteilt wurden.

Auf die Frage, ob er selber vielleicht irgendwelche Vermutungen hinsichtlich der Täterschaft hege, verneinte er mit größter Bestimmtheit.

„Wer hatte diesen armen, unschuldigen Mädchen nach dem Leben trachten sollen?" rief er schmerzerfüllt aus. „Sie hatten sicherlich niemandem auf der ganzen weiten Welt eine Veranlassung gegeben, sie zu hassen. Und sie waren auch keinem Menschen im Wege. Nur ein fluchwürdiger Dieb kann das Verbrechen begangen haben. Und ich hoffe, daß es der Obrigkeit gelingt, seiner habhaft zu werden, damit die schreckliche Tat, deren Opfer damit freilich nicht wieder zum Leben erweckt werden kann, wenigstens eine angemessene Sühne findet!"

Wenn auch für den Untersuchungsrichter durch den Eindruck, den die Persönlichkeit des Herrn von Hagen auf ihn machte, alle abenteuerlichen Kombinationen des Kommissars Gruber hinfällig geworden waren, so hegte er doch noch immer eine begreifliche Neugier, etwas Näheres über die Verhältnisse und das bisherige Leben der beiden Baronessen zu erfahren, und der Besucher hegte nicht die geringsten Bedenken, ihm die gewünschten Aufschlüsse zu geben.

Danach waren sie die einzigen Kinder eines österreichischen Aristokraten, hatten schon im zartesten Kindesalter die Mutter und vor etlichen Jahren auch den Vater verloren und waren vor ihrer Uebersiedelung nach Frankenthal durch die Rücksicht auf die zarte Gesundheit der jetzt ermordeten Baronesse Hilda fast immer genötigt gewesen, sich in Bädern und Kurorten aufzuhalten. Daß er als ihr Vormund die kleine stille Stadt zu ihrem ständigen Aufenthalt ausersehen hatte, war ebenfalls in erster Linie aus Rücksicht auf ihre Gesundheit geschehen. Sie sollten vor den Aufregungen und Anstrengungen des großstädtischen Lebens bewahrt bleiben, andererseits aber auch nicht zu der niederdrückenden Einsamkeit eines Landaufenthalts verurteilt sein.

Als der Untersuchungsrichter in höflicher Umschreibung seinem Befremden darüber Ausdruck gab, daß man ihnen lediglich diese sonderbare Gesellschafterin beigegeben habe, erwiderte Herr von Hagen im Brustton der Ueberzeugung, daß man sie gar keinen besseren Händen hätte anvertrauen können, als denen dieser goldtreuen, gewissenhaften und pflichtbewußten Person, die ihnen seit ihrer frühesten Kindheit in geradezu mütterlicher Zärtlichkeit zugetan sei, und an der auch die Zwillinge von jeher in innigster Liebe gehangen. Wenn Zorka auf Leute, die sie nicht kannten, einen etwas seltsamen, vielleicht sogar abstoßenden Eindruck hervorbrächte, so erkläre sich das aus ihrer Herkunft und aus gewissen herben Erfahrungen ihrer Jugend, aber es sei für ihn nur ein Grund mehr gewesen, ihr seine Mündel anzuvertrauen, weil Zorka gerade durch ihr verschlossenes, abweisendes Wesen am besten geeignet gewesen sei, alle schädlichen Einflüsse von den beiden jungen Mädchen fernzuhalten.

Das alles klang so plausibel und einleuchtend, daß sich durchaus nichts dagegen vorbringen ließ, und daß der Wissensdurst des Untersuchungsrichters dadurch vollkommen gestillt war. Auch was ihm Herr von Hagen über die glänzenden Vermögensverhältnisse der Zwillinge sagte, war ganz danach angetan, ihn mit Respekt vor ihrem Reichtum zu erfüllen. Und da er zu den Menschen gehörte, denen nur arme Leute von vornherein verdächtig erscheinen, wurde er im weiteren Verlauf der Unterhaltung immer liebenswürdiger und zuvorkommender gegen den Vormund der Baronessen. Er bedauerte aufrichtig, daß der Gesundheitszustand der überlebenden Schwester nach der Versicherung des Arztes noch immer ein so wenig befriedigender sei, und erkundigte sich dann in schonender Weise, wie es mit der Bestattung der Getöteten gehalten werden solle.

Ihre irdische Hülle ist von dem Herrn Staatsanwalt, der sie einstweilen beschlagnahmt hatte, schon gestern zur Beerdigung freigegeben worden," so schloß der Untersuchungsrichter, „und es dürfte sich aus naheliegenden Gründen empfehlen, diese Beerdigung jetzt so schnell als möglich erfolgen zu lassen. Falls etwa die Ueberführung in ein Erbbegräbnis beabsichtigt sein sollte — —"

An dieser Stelle seiner Rede aber fiel ihm Herr von Hagen ins Wort:

„Das ist aus mehr als einem Grunde untunlich! Ich bin vielmehr entschlossen, die Entschlafene auf dem Friedhofe dieser Stadt beisetzen zu lassen, und zwar in aller Stille, damit nicht der müßigen Neugier des Publikums ein billiges Schauspiel gegeben werde. Da ich leider durch unabweisbare Pflichten gezwungen werde, schon heute wieder abzureisen, kann ich ja zu meinem Schmerz nicht einmal selbst an der Trauerfeier teilnehmen."

Da dies eine Sache war, in die der Untersuchungsrichter nicht dreinzureden hatte, wurde sie nicht weiter erörtert, und nach Erledigung einiger weiterer Punkte von mehr formalem Charakter verabschiedete sich Herr von Hagen, um ungesäumt die für die Beerdigung seines unglücklichen Mündels erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Der Zufall fügte es, daß wenige Minuten nach seinem Weggange der Kriminalkommissar Gruber im Amtszimmer des Untersuchungsrichters vorsprach, und der Herr Rat versehlte natürlich nicht, ihm brühwarm aufzutischen, was er soeben aus berufenstem Munde über die angeblich so geheimnisvollen Verhältnisse der Zwillinge erfahren. Herr von Hagen war nach seiner Versicherung der vollkommenste und tadelloseste Edelmann, der ihm jemals vorgekommen, und es wäre einfach Wahnsinn, an seiner unantastbaren Ehrenhaftigkeit zu zweifeln. Wenn die hauptstädtische Polizei in ihm einen Spion oder einen Anstifter von politischen Komplotten wittere, so stelle sie ihrem Scharfblick damit ein ebensowenig glänzendes Zeugnis aus, wie gewisse Leute, denen es nicht genug sei, ein Verbrechen nach gutem alten kriminalistischen Brauch, sondern nach Grundsätzen zu verfolgen, wie sie vielleicht in einem Sherlock-Holmes-Roman, nicht aber im praktischen Leben angebracht seien.

Der Kommissar hörte das alles mit größter Ruhe an, erbat sich die von Herrn von Hagen zurückgelassenen amtlichen Dokumente zur Ansicht und reichte sie nach längerer Prüfung mit höflicher Verbeugung zurück, ohne ein Wort dazu zu äußern.

„Nun?" fragte der Untersuchungsrichter etwas gereizt. „Haben Sie an diesen Papieren etwas zu bemängeln, Herr Kommissar?"

„Sie machen den Eindruck der Echtheit," lautete die sehr gelassene Erwiderung, „was natürlich nicht ausschließen würde, daß sie samt und sonders gefälscht sind. Aber das zu untersuchen, würde ja nur dann meine Sache sein, wenn ich einen bestimmten Auftrag dazu erhielte."

„Den zu erteilen allerdings vorläufig kein Anlaß vorliegt," sagte der Untersuchungsrichter kühl. „Denn mir genügen die Schriftstücke vollkommen, und ich meine, daß wir Besseres zu tun haben, als Phantomen und Einbildungen nachzujagen. Etwas Neues in der Mordsache haben Sie mir natürlich nicht mitzuteilen?"

„Leider nein! Die überlebende Schwester ist nach der Erklärung des behandelnden Arztes noch nicht vernehmungsfähig. Und ihre Aussagen werden uns vermutlich auch dann, wenn sie vernehmungsfähig geworden ist, nicht viel weiterbringen, da sie sich auf nichts zu besinnen vermag."

„Sie kann sich nicht besinnen? Wer sagt das?"

„Dr. Hellbach."

„Ah, dieser junge Arzt, der so rechthaberisch und selbstherrlich auftrat, als wenn er alle Weisheit mit Löffeln gegessen hätte! Ich muß gestehen, daß er mir wenig sympathisch ist, und daß ich mich wahrscheinlich veranlaßt sehen werde, die Kranke ehestens durch den Amtsarzt untersuchen zu lassen."

„Das steht selbstverständlich in Ihrem Belieben. Aber ich zweifle, daß er zu anderen Ergebnissen kommen würde als Dr. Hellbach, dessen ärztliche Tüchtigkeit und dessen hohe Gewissenhaftigkeit für mich unbedingt feststehen."

„So? — Nun, wir werden ja sehen! Ich für meine Person lasse mir durch ein selbstbewußtes Auftreten nicht so leicht imponieren. — Uebrigens, was ich noch sagen wollte: ich habe den Herrn Polizeidirektor ersucht, heute nacht eine umfangreiche Razzia in den zweifelhaften Lokalen der Stadt vornehmen zu lassen und alles irgendwie verdächtige Gesindel in Gewahrsam zu nehmen. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege schneller zum Ziel, als mit überklugen und scharfsinnigen Tüfteleien."

So unzweideutig auch das Mißtrauensvotum war, das ihm damit erteilt wurde, so wenig vermochte es den Kommissar aus der Fassung zu bringen. Er hatte als Antwort nur eine nochmalige stumme Verbeugung und zog sich zurück. Draußen aber spielte ein sarkastisches Lächeln um seine Lippen, und es stand ihm auf dem Gesicht geschrieben, daß er sich von der Unzufriedenheit des Herrn Untersuchungsrichters nicht im mindesten niedergedrückt oder entmutigt fühlte. —

Auch der Justizrat Dr. Wachtmann erhielt an diesem Morgen den Besuch des Herrn von Hagen, der ihm in fast überschwenglichen Worten für die bewiesene Menschenfreundlichkeit dankte und ihm versicherte, daß er dafür zeitlebens sein Schuldner bleiben werde. Auf die Frage, ob er die Kranke sehen wolle, erwiderte er, daß er es für besser halte, darauf zu verzichten, um der Patientin jede unnütze Aufregung zu ersparen. Wenn er von seiner Auslandsreise zurückkehre, was voraussichtlich in einigen Wochen der Fall sein werde, werde er natürlich nicht ermangeln, sofort wieder nach Frankenthal zu kommen, und dann werde er sein Mündel hoffentlich im Vollbesitz ihrer Gesundheit finden. Auch dem Justizrat gegenüber gab er seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, nicht an der Beerdigung der Baronesse Hilda teilnehmen zu können. Und er hatte schließlich nur noch die Bitte, ihm Gelegenheit zu einer ungestörten Aussprache mit der Gesellschafterin Zorka zu geben, die der Justizrat denn auch sofort rufen ließ, um sie alsbald mit dem Besucher allein zu lassen.

(Fortsetzung folgt).

Wilhelm II. in Doorn.

Amsterdamer Blätter erklären, daß bis jetzt, entgegen allen andern Behauptungen, noch keine positive Bestätigung vorliege, daß Wilhelm II. den Besitz „Haus Doorn“ für sich angekauft hat. Das Eigentum der Baronin Holtema sei, laut Einschreibung in das Grundbuch von Doorn, in den Besitz des Grundstückmaklers J. F. Barends übergegangen.

Exkaiser Wilhelm.

Zwischen ihm und dem Kaiser sei nur ein Mietvertrag abgeschlossen worden. Allerdings sei vorauszusehen, daß im gegebenen Augenblick der Kaiser zum endgültigen Besitzer werden werde. Derselbe Makler hat auch die Villa „Daisy Cottage“ angekauft und ebenfalls an den Exkaiser weiter vermietet. Es sollten noch weitere Grundstücke in derselben Weise aufgekauft werden, doch ist davon Abstand genommen worden, weil sich, auf die Nachricht von der Besitzerwerbung des Kaisers in Doorn hin, die Spekulationswut auf das Dorf geworfen und eine Steigerung sämtlicher Grundstücks- und Mietpreise um 100 % veranlaßt hat. Der landwirtschaftliche Teil des Hauses v. Doorn ist noch nicht mit übernommen worden. Der jetzige Pächter will den Hof und die dazu gehörigen Äcker erst im Frühjahr nächsten Jahres räumen. Wilhelm II. soll noch vor Weihnachten in das neue Heim einziehen. Der ganze Besitz wird durch eine Drahtumzäunung abgeschlossen. Eines der Gebäude, die bisher als Scheunen dienten, wird zu Wohnungen für das Dienstpersonal eingerichtet. Der Exkaiser kommt jetzt häufig nach Doorn, um sich von dem Fortgang der Bauarbeiten zu überzeugen. Er sieht durch den grauen Vollbart, den er jetzt trägt, ganz verändert aus, so daß ihn nur wenige erkennen.

Die Volksabstimmungen.

Verschiebung des Austausches der Ratifikationen.

Der Ausschuß der Großmächte in Paris hatte unter dem Vorsitz Clemenceaus eine Sitzung, in der die Einzelheiten der Ratifikation des Friedensvertrag mit Deutschland besprochen und geregelt wurden. Die über diese Sitzung veröffentlichte amtliche Note bestätigt, daß der Austausch der Ratifikationen vorläufig hinausgeschoben wird, bis die Großmächte der Entente die militärischen Vorbereitungen beendet haben, die nötig sind, um in den bisher deutschen Gebieten, die einer Volksabstimmung unterworfen werden, die deutschen Truppen durch Soldaten der Entente abzulösen. Aus den Erklärungen, die die amtliche Note begleiten, geht hervor, daß die Großmächte von der ursprünglichen Absicht zurückgekommen sind, die Aufrechterhaltung der Ordnung in den einzelnen dieser Gebiete einer einzigen Großmacht zu überlassen. Die bisherige deutsche Besatzung soll vielmehr in jedem Gebiet von einer gemischten Besatzung abgelöst werden, zu der Frankreich, Großbritannien, Nordamerika, Italien und gegebenenfalls auch Japan Truppen stellen werden. Da die Zusammensetzung dieser Kontingente und ihre Beförderung an Ort und Stelle einige Zeit erfordert, erscheint es dem Pariser Komitee nötig, die Formalitäten der Ratifikation zu vertagen, weil die im Versailler Friedensvertrag festgesetzten Fristen für die Volksabstimmung vom Tage der Ratifikation an laufen und so die Gefahr bestehen würde, daß die Volksabstimmung vorgenommen werden müßte, bevor die deutschen Truppen durch diejenigen der Entente abgelöst sein könnten. Erst wenn die Großmächte ihre Vorbereitungen getroffen haben, werde Deutschland eingeladen werden, die betreffenden Gebiete zu räumen, damit jede Störung der öffentlichen Ordnung vermieden wird. Wie lange die Vorbereitungen dauern werden, weiß offenbar noch niemand, denn die Zeitungen machen darüber widersprechende Angaben. In den Mitteilungen der Zeitungen über Maßregeln zur Besetzung der deutschen Gebiete ist bisher von Nordschleswig, Oberschlesien und Memel die Rede, nicht aber von dem Abstimmungsgebiet an der belgischen Grenze.

Blockierung unserer Territorialgewässer.

Sechs deutsche Handelsdampfer gekapert!

Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erstreckt sich die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer.

Halbamtlich wird hierzu bemerkt: Derartig schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem aber bei der betroffenen, an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigte Erbitterung hervorzurufen. — Weiter wird aus England gedrahtet, daß ein britischer Torpedobootszerstörer sechs deutsche Handelsschiffe gekapert und nach Reval eingebracht hat.

Der seewärts gerichtete Schiffsverkehr im Nordostsee-Kanal ruht seit der Ententeblockade über die Ostsee fast vollständig. Vor der Verhängung der Blockade ist der Verkehr ziemlich rege gewesen. Es fuhren hauptsächlich Amerikaner, dann Holländer, vereinzelt Engländer und Franzosen nach der Ostsee, vermutlich mit Ziel Skandinavien.

Einladung zum Völkerbund.

Deutschland wird nicht bedacht!

Der Oberste Rat der Alliierten beschloß, an Argentinien, Chile, Columbien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Paraguay, Holland, Persien, San Salvador, Schweden, die Schweiz und Venezuela eine Einladung zum Eintritt in den Völkerbund ergehen zu lassen.

Weiter wurde beschlossen, sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages folgende Ausschüsse einzusetzen: einen deutsch-belgischen für Grenzfestlegung, einen Ausschuß für das Saargebiet sowie einen solchen zur Festsetzung der deutsch-polnischen und der polnisch-tschechischen Grenze.

Der Ruin Deutschlands.

Jährlich drei Milliarden für die Feindesbesatzung.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte der Reichsschatzminister mit, daß schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung des gesamten Besatzungsheeres der Alliierten 2½ bis 3 Milliarden jährlich betragen.

Diese Mitteilung des Reichsschatzministers rief im Ausschuß allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister betonte die ungeheure Last dieser Kosten für das Deutsche Reich und bemerkte, daß dieses Vorgehen eine bedauerliche Absaugung deutscher Kapitalskraft darstelle, die letzten Endes der Entente selbst zum Schaden gereichen würde. Man könne nur hoffen, daß es gelingen werde, den Umfang der Besatzungsarmee erheblich zu ermäßigen. Der Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) erklärte, daß man mit der Deckung der ungeheuren Summe nicht hätte rechnen können. Die Ansprüche der Entente gingen in dieser Hinsicht weit über das Maß der Billigkeit hinaus. Solche Bedingungen müßten den Ruin Deutschlands zur Folge haben.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Keine amerikanischen Lebensmittel mehr.** Amerikanische Besatzungstruppen gaben bekannt, daß die Lebensmittel, die aus den amerikanischen Armeebeständen der deutschen Bevölkerung zugewiesen wurden, aufgebraucht sind und aus Amerika nicht mehr ergänzt werden können. Die günstigen Lebensmittelangebote Amerikas seien von der deutschen Verwaltung nicht angenommen worden. Der einzige Weg für das deutsche Volk, so heißt es in der Bekanntmachung, Lebensmittel und Kohle ohne die ungeheure Verteuerung zu erhalten, sei der, die notwendigen Lebensmittel selbst zu erzeugen oder durch fleißige Arbeit Werte zu schaffen, die den Stand der deutschen Valuta im Auslande heben.

* **Die Verwaltung der Heeresbestände** war Gegenstand der Besprechung im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung. Reichsschatzminister Mayer erklärte, nach der Schätzung des früheren Finanzministers Schiffer würde die Verwertung der mobilen Heeresgüter etwa drei Milliarden Mark erbringen. Bisher sei es gelungen, 2,2 Milliarden Mark zu erzielen, und voraussichtlich würden weitere Verkäufe noch ein bis zwei Milliarden Mark bringen. Natürlich könne man nicht die große Zahl der bisher in Heeres- und Marinebetrieben Beschäftigten beibehalten. Man würde sie zunächst auf Ruhegehalt stellen, dann aber die Tüchtigsten mit Privatdienstvertrag neu anstellen. Dem Ministerium sei es gelungen, zu erreichen, daß die ihm unterstellten Arbeitskräfte gegen Akkordlohn arbeiten. Heute seien noch 45 000 Arbeiter in Heeres- und Marinebetrieben beschäftigt gegenüber 240 000 im Kriege.

* **Städtetag und Zwangswirtschaft.** Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat Veranlassung genommen, die Regierung dringend vor einem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu warnen. Wenn der Städtetag auch den Abbau herbeisehne, so sei gegenwärtig doch der Abbau der Zwangswirtschaft ein Versuch, für den die Zeit mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Verworrenheit und mit der Aussicht auf die schwierigen Wintermonate besonders ungeeignet sei. Nach dem unglücklichen Ausgang der Eier-, Hafer- und Lederfreigabe könne kaum zwei elhaft sein, daß die erste Folge die Steigerung aller Preise auf die ungeheuerliche Höhe der Auslandspreise und die weitere ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaftsführung der Verbraucher wäre.

□ **Zuckerpreise für 1919/20.** Durch Verordnung vom 14. Oktober sind mit Zustimmung des Reichsrats und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung die Zuckerpreise für das Wirtschaftsjahr 1919/20 neu festgesetzt. Der Rohzuckerpreis ist auf 53 Mk. für den Zentner, der Verbrauchszuckerpreis auf 75,30 Mk. für den Zentner bestimmt worden. Bei der Feststellung des Rohzuckerpreises ist der im Frühjahr festgesetzte Mindestpreis für die Zuckerrüben von 4 Mk. zugrunde gelegt, daneben ist ein im Frühjahr gegebenes Versprechen, den Fabriken die Bezahlung der Rüben zu einem diesen Mindestpreis übersteigenden Preise zu ermöglichen, durch Einrechnung eines Betrages von über 5 Mk für den Zentner Rohzucker eingelöst worden. Der Großhandelszuschlag ist ebenfalls heraufgesetzt worden; er ist auf 3,70 Mk. bestimmt, dabei ist die Möglichkeit vorgesehen, ihn im Verwaltungswege zu erhöhen, falls besondere Verhältnisse dies nötig machen. Für den Fall einer Erhöhung der Zuckersteuer oder einer Änderung der Umsatzsteuer ist dem Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung vorbehalten, die Preise anzupassen. Gleichzeitig wurde durch die erlassene Verordnung die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung über zuckerhaltige Futtermittel mit Ausnahme der Melasse ausgesprochen; die Melasse kann im bisherigen Umfange von den rübenverarbeitenden Zuckerfabriken an die Rübenlieferanten zurückgegeben werden, bleibt aber im übrigen für wichtige Zwecke in öffentlicher Bewirtschaftung.

□ **Die 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium.** Die Ausgabe der neuen 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium an die Reichsbank dürfte noch in diesem Monat erfolgen. Im ganzen sollen 100 Millionen neuer 50-Pfennig-Stücke ausgegeben werden. Für die Herstellung neuer 1- und 2-Pfennig-Stücke wird zurzeit noch eine neue Legierung gesucht. Die 1-Pfennig-Stücke als Aluminium wurden eingezogen, da der hohe Preis dieses Metalls die Münzen über ihren Wert verteuert. Wünschenswert erscheint es auch, daß eine neue Legierung für die 1-Mark-Stücke gefunden wird, damit die 1-Mark-Scheine aus dem Verkehr gezogen werden können. An 50-Pfennig-Stücken sind seit Beginn des Krieges bis in die neueste Zeit insgesamt rund 65 Millionen Mark aus angekauftem Silber oder aus 2-Mark-Stücken hergestellt worden.

□ **Keine Ausfuhrbewilligungen für Kleesaat.** Infolge stürmischer Nachfrage nach Rotklee aus Schweden und Dänemark ist der Preis hierfür in der letzten Zeit sprungweise in die Höhe gegangen. Der Leidtragende ist die deutsche Landwirtschaft und weiter der deutsche Verbraucher. Denn bei dem niedrigen Stande unserer Valuta könnte das Ausland jeden Preis bezahlen und würde gegenüber dem inländischen Abnehmer noch immer außerordentlich billig fahren. Es darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß ein Ausfuhrverbot für Rotklee inländischer Ernte besteht! Im Interesse der Versorgung der heimischen Landwirtschaft mit guter Kleesaat sind Ausfuhrbewilligungen weder jetzt noch im kommenden Frühjahr zu erwarten. Vor dem Abschluß von Ausfuhrgeschäften mit Rotklee muß daher dringend gewarnt werden.

* **Gegen die maßlosen Heeresgutverschiebungen.** Vom Reichsverwertungsamt (Referat „Wiedererfassung“) sind bisher schon über 12 000 Einzelfälle von Heeresgutverschiebungen verfolgt worden. Die dem Reiche geretteten Summen belaufen sich bereits auf rund 150 Millionen Mark. Der Gesamtbetrag, der nach Erledigung der sämtlichen bislang in Behandlung genommenen Fälle der Reichskasse zufließen wird, dürfte auf mehrere hundert Millionen zu schätzen sein.

* **Tarifvertrag für Waldarbeiter.** Zwischen der Forstverwaltung des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt sind. Das Ministerium hat die Regierungen angewiesen, umgehend mit je einem Vertreter der beiden Verbände für ihren Bezirk die Lohnklassen, die Zuteilung der Oberförstereien oder von Teilen derselben zu den einzelnen Klassen und die Stundenlöhne in Vertragsform zu vereinbaren. Die Löhne sollen sich den in der Landwirtschaft der betr. Gegend üblichen anpassen, im allgemeinen aber etwas höher als die für landwirtschaftliche Arbeiter unter Berücksichtigung des Werts der Deputate angesetzt werden. Die Teuerungszulagen fallen nach Feststellung der Tarifvertragslohnsätze fort. Soweit Akkordarbeit geleistet wird, wird es möglich sein, daß ein geübter und fleißiger Forstarbeiter im Durchschnitt bei achtstündiger Arbeitszeit etwa 25 bis 30 % über den Achtstundentagelohn erzielen kann.

□ **Versorgung mit Brennholz.** Der preußische Landwirtschaftsminister weist soeben mit Rücksicht auf die durch die Kohlennot hervorgerufene überaus große Nachfrage nach Brennholz aus allen Kreisen der Bevölkerung in einem neuerlichen Erlasse an die Regierungen wiederholt darauf hin, daß die Gewinnung des Stockholzes mit allen Mitteln gefördert werden muß. Insbesondere soll von der Abgabe des Stockholzes an Selbstwerber weitestgehender Gebrauch gemacht werden. Die Oberförster haben dahingehende Anweisung erhalten. Zur Erleichterung des Transports und um die Umwandlung noch nicht völlig ausgetrockneten Brennholzes in heizkräftiges Material zu ermöglichen, ist die Verkohlung des Holzes am Orte der Gewinnung durch Aufnahme des Köhlereibetriebes, besonders auch durch Unternehmer, in Aussicht genommen. Es steht zu hoffen, daß auch die Gemeinde- und Privatwaldbesitzer diesem Vorgehen folgen werden.

□ **Was kosten Postsendungen ins Ausland?** Über die am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen Gebührensätze für Postsendungen ins Ausland herrscht in der Öffentlichkeit noch eine große Unkenntnis. Nach Deutsch-Österreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn und Luxemburg kosten Postkarten, Briefe, Drucksachen (nur bis 1 Kilogramm), Geschäftspapiere (nur bis 1 Kilogramm), Warenproben (nach Ungarn nur bis 350 Gramm), Mischsendungen, Wert- und Einschreibsendungen dasselbe wie im Inlandsverkehr. Für Postanweisungen nach Deutsch-Österreich gelten ebenfalls die Inlandsätze; nach Ungarn werden jedoch für je 40 Mark 20 Pfennig berechnet. Für Paketsendungen nach den vorgenannten Ländern wie auch nach dem übrigen Ausland besteht ein besonderer Tarif. Nach dem übrigen Ausland kosten Postkarten 15 Pf., mit Antwort 30 Pf., Briefe bis 20 Gramm 30 Pf., jede weiteren 20 Gramm 20 Pf., Drucksachen je 50 Gramm 5 Pf. (bis 2 Kilogramm), Geschäftspapiere je 50 Gramm 5 Pf., mindestens jedoch 30 Pf. (bis 2 Kilogramm), Warenproben je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 20 Pf. (bis 350 Gramm), Mischsendungen je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 20 Pf., wenn die Sendung nur Drucksachen und Warenproben enthält, sonst 30 Pf. Für Wertsendungen und Postanweisungen bestehen nach den einzelnen Ländern besondere Tarife, die man am besten am Postschalter erfragt; für Einschreibesendungen wird eine Gebühr wie für gewöhnliche Sendungen gleichen Gewichts zuzüglich einer Einschreibegebühr von 20 Pf. erhoben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Anderthalb Millionen Mark Strafe für Schleichhändler.** Das Schöffengericht in Waldhut sprach in 28 Strafsachen Strafen im Gesamtbetrage von über anderthalb Millionen Mark unter Einziehung der Waren aus. Der Angeklagte Singen wurde wegen Handels mit unverzollten Schweizer Stumpen zu 103 000 Mark bezw. 235 000 Mark Geldstrafe und einer Woche Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte Jestetten, die Kaffee mit übermäßigem Gewinn verkauft und zeitweise ohne Einfuhrbewilligung in das Zollinland gebracht hatten, wurden zu je 261 000 Mark Geldstrafe und je einem Monat Gefängnis verurteilt.

§ **Polizeipräsidenten als Spieler.** Das außerordentliche Kriegsgericht in Berlin beschäftigte sich mit einem Prozeß gegen eine Anzahl Leute, die der Übertretung des Erlasses gegen die Spielklubs angeklagt waren. Die Ermittelungen ergaben, wie vor Gericht zur Sprache kam, daß dem in Frage stehenden „Sporting-Club“ u. a. auch der Polizeipräsident Richter von Charlottenburg und der Polizeivizepräsident von Dallwitz-Berg v. Saint mit seinen beiden Söhnen angehörten. Die Verhandlung wurde behufs näherer Feststellungen vertagt.

§ **Der Mordprozeß Klüber vor dem Reichsgericht.** In Halle a. S. wurde im März d. Js. der Oberstleutnant von Klüber durch eine Volksmenge in die Saale geworfen und im Wasser durch Schüsse getötet. Das Schwurgericht Halle hatte die Hauptschuldigen an diesem Verbrechen, den Militärinvaliden Otto Bauer zum Tode, den Arbeiter Fiedler zu neun Jahren Zuchthaus und den Schauspieler Gierhold zu 13 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, sowie zu je 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen ihre Verurteilung hatten die Angeklagten Revision beim Reichsgericht eingelegt, die jedoch jetzt verworfen wurde, so daß das Urteil des Schwurgerichts rechtskräftig geworden ist.

§ **Der Münchener Gesellenmord.** Vor dem Volksgericht in München hat der Prozeß wegen der Tötung von 21 Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins begonnen. Die Gesellen wurden von Soldaten der Reichswehr als vermeintliche Spartakisten erschlagen, als sie eine harmlose Versammlung abgehalten hatten, dabei verhaftet und abgeführt wurden. Die Soldaten Müller, Makowski, Grabasch und Kreiner sind wegen Totschlag und Totschlagversuch angeklagt. Wie ein Berserker hat insbesondere der Angeklagte Jakob Müller gewütet. Auf sein Schuldkonto fallen 14 Tötungen.

Da unsere geehrten Leser das Blatt durch den Austräger nicht erhalten können, bitten wir, es bei der Post zu bestellen.

Vermischtes.

Die deutschen Hochschulen nach dem Kriege. Der Besuch der deutschen Hochschulen zeigt zurzeit ein beängstigendes Anwachsen der Studentenschaft. An den Universitäten ist die Zahl der Studenten (einschließlich 8000 Frauen) auf 91 000, an den Technischen Hochschulen auf 16 000 (250 Frauen) und an den übrigen Hochschulen auf etwa 10 000 gestiegen. Gegenüber der Friedenszeit bedeutet dies fast eine Verdoppelung der Studentenschaft. Über die Verteilung der Studentenschaft auf die einzelnen Studienfächer und Berufe läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da die Hochschulstatistik in dieser Richtung versagt. Zweifellos ist, daß das Studium der Medizin ganz außerordentlichen Zulauf hat. Ebenso stark und vielleicht verhältnismäßig noch größer ist der Zudrang zur Zahnheilkunde. Stark besetzt sind auch Rechtswissenschaft, Naturwissenschaften, Maschinenbau und Elektrotechnik. Die Besuchsziffern der Universitäten sind (in abgerundeten Zahlen): Berlin 13 000, München 8000, Bonn 7000, Leipzig 6000, Göttingen, Münster, Breslau 5000, Marburg, Frankfurt, Freiburg 4000, Halle, Tübingen, Heidelberg, Jena, Würzburg 3000, Gießen, Königsberg, Greifswald, Rostock, Kiel 2000, Hamburg, Erlangen 1500, Köln 1300.

Die Sahara-Eisenbahn. Nach dem Kostenanschlag eines französischen Ingenieurs soll der Bau der Sahara-Eisenbahn mindestens 800 Millionen Frank kosten. Die Länge der Bahn wird auf 2500 Kilometer geschätzt. Besondere Schwierigkeiten würden den Arbeiten nicht entgegenstehen; auch eine „Überschwemmung" der Strecke durch den Wüstensand ist an keiner Stelle zu befürchten. Die Reise von Frankreich nach dem südlichen Afrika soll durch die Sahara-Eisenbahn auf fünf Tage verkürzt werden können, während sie jetzt mindestens drei Wochen dauert. Allein durch die Beförderung von Fleisch aus dem Innern Afrikas würden die Betriebskosten gedeckt werden können. Weitere praktische Vorteile wären die unbehinderte Zufuhr an Holz aus den gewaltigen Wäldern des Sudans, die ständige Belieferung mit Baumwolle aus den Nigertälern usw.; die Rentabilität wäre also im voraus sichergestellt.

Das größte Flugzeug der Welt. Der französische Flieger Lecointe hat einen Probeflug mit dem größten Flugzeug der Welt unternommen. Die größte Breite von einem Flügelende zum andern beträgt 175 Fuß, die Länge des Apparats 60 Fuß. Der ganze Kasten des Flugzeuges ist wie eine Kajüte gebaut. Besatzung und Passagiere können sich nach rückwärts gegen den Schweif des Apparats begeben. Über der Kajüte erhebt sich ein kuppelförmiger Aufbau, in dem ein Maschinengewehr aufgestellt werden kann. Vier Motore liefern zusammen 1000 HP und ermöglichen eine Schnelligkeit von 120 Meilen. Der Apparat kann eine Höhe von 12 000 Fuß erreichen und ist imstande, vom Abflugorte bis zur ersten Landung 500 Meilen zurücklegen.

Das „Baltikum", das jetzt die Gemüter so lebhaft beschäftigt und jedes deutsche Herz wegen der Haltung der dort befindlichen deutschen Truppen, die für Deutschland verhängnisvoll werden kann, mit ernster Sorge erfüllt, ist als Wort eine sprachliche Neubildung, die erst während des Weltkrieges allgemein gebräuchlich geworden ist. Man versteht unter „Baltikum" die ehemaligen russischen Gouvernements Kurland, Livland und Estland. Der Name „Baltia" oder Basilia erscheint zuerst bei dem römischen Geschichtsschreiber Plinius als Name einer Insel im nördlichen Europa, worunter wahrscheinlich die preußische Küste zu verstehen ist. Daher die zuerst bei Adam von Bremen vorkommende Bezeichnung Baltisches Meer (Mare Balticum) für die Ostsee. Vielfach wird das Wort „Balten" oder „Balthen" als „die Kühnen" gedeutet. Diesen Namen führte ein edles Geschlecht der Westpolen, das mit Amalarich, dem Sohne Alarichs II., im Jahre 531 erlosch.

Der „Diktator von München". Der in Wien verhaftete Kommunist Dr. Max Levien, der „Diktator von München", stammt aus Rußland. Er ist als Sohn einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie in Moskau geboren. Wegen seiner Beteiligung an der russischen Revolution von 1905 wurde er verhaftet, jedoch aus unaufgeklärt gebliebenen Gründen bald darauf wieder freigelassen. Er ging dann nach Zürich, wo er mit Lenin, dem „Diktator von Rußland", in nähere Fühlung kam. Aus der Schweiz wanderte er nach Deutschland aus. Er wurde deutscher Untertan und diente beim Ausbruch des Krieges im Münchener Leibregiment. Eine schwere geistige Erkrankung führte zu seiner zeitweiligen Unterbringung in einer Münchener Irrenanstalt. Levien spielte bekanntlich während der Räteregierung in München im vergangenen Sommer die führende Rolle.

Über die Geschichte der Zigaretten weiß ein österreichisches Blatt allerlei Interessantes zu berichten. Im 16. Jahrhundert schon gab es Papierzigaretten aus amerikanischem Tabak. Das geht aus den Berichten von Missionären hervor, die feststellten, daß in Südamerika Spanier und Kreolen leidenschaftliche Raucher solcher Papierzigaretten waren. Aber die Größe dieser „Papelitos" genannten Zigaretten läßt darauf schließen, daß diese Art des Rauchens mehr der Wirkung des Pfeifenrauchens als der unserer heutigen Zigaretten entsprach. Immerhin gab diese Art des Zigarettenrauchens den Anstoß zu weiterer Verbreitung vornehmlich in den romanischen Ländern. Von Südamerika aus gelangte die Zigarette nach Spanien, und von hier aus nach den Ländern Südeuropas, nach Rußland und nach der Türkei. In Nordeuropa, vor allem in Deutschland, blieb das Zigarettenrauchen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts so gut wie unbekannt. Danach begann man aus dem Ausland, namentlich aus Rußland, Zigaretten nach Deutschland einzuführen. In den sechziger Jahren muß sich das Bedürfnis nach eigener Erzeugung in Deutschland schon geltend gemacht haben, denn im Jahre 1862 eröffnete in Dresden die Petersburger Zigarettenfabrik Laferme ein Unternehmen, mit dem die eigentliche Zigarettenfabrikation in Deutschland begründet wurde.

Der Adler im deutschen Reichswappen war ursprünglich einköpfig und soll von Karl dem Großen nach seiner Krönung in Rom zum Symbol seines Reiches enthoben worden sein; nachweisen läßt es sich auf der Reichsfahne zuerst unter Otto II. Der Doppeladler findet sich zuerst 1325 auf einer unter Ludwig dem Bayern geschlagenen Reichsmünze. Unter Sigismund (von 1433 an) wurde der Doppeladler beständiges Wappenzeichen der deutschen Kaiser. Nach Auflösung des heiligen römischen Reiches 1806 nahm der Kaiser von Österreich den Doppeladler für seine Monarchie in Anspruch. Der Adler des letzten deutschen Kaiserreiches war bekanntlich wieder einköpfig; über seinem Kopfe schwebte die deutsche Kaiserkrone mit fliegenden Bändern.

Gabriele d'Annunzio, der „Held" von Fiume, heißt richtig Rapagnetta, was mit „Rübchen" zu übersetzen ist. Er ist jetzt 55 Jahre alt und hat ein sehr lockeres, wüstes Leben, in dem Schulden und Frauen eine große Rolle spielen, hinter sich. Über seine Dichterqualitäten sind die Meinungen verschieden. Seine Gedichte sind formvollendet, aber inhaltlich hohl und von wilder, überspannter Sinnlichkeit durchweht. Ähnliches läßt sich von seinen Novellen, Romanen und Bühnenwerken sagen. Sein Roman „Das Feuer" ist eine schamlose Selbstverherrlichung, wie d'Annunzio ja überhaupt einer der ungeheuerlichsten Reklamehelden unserer Zeit ist. Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts war er in der italienischen Deputiertenkammer sozialistischer Abgeordneter.

Monismus. Der soeben verstorbene Naturforscher Ernst Haeckel war bekanntlich der Hauptvertreter des Monismus und der Begründer des Deutschen Monistenbundes. Man versteht unter Monismus (das aus dem Griechischen hergeleitete Wort wäre am besten mit „Einheitslehre" zu übersetzen) jede Erklärungsweise eines einzelnen Gebietes der Wirklichkeit oder der Welt im ganzen, die die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auf einen einzigen letzten Grund zurückzuführen sucht. Während der Dualismus (Zweiheitslehre) gewisse Gegensätze, wie Gott und Welt, Natur und Geist, Leib und Seele usw. als in der Natur der Dinge begründet und deshalb unüberbrückbar ansieht, strebt der Monismus danach, solche Gegensätze aufzuheben und als bloße Wandlungen und Abänderungen eines einzigen Grundprinzips aufzufassen. In der Gegenwart ist der Begriff Monismus noch bestimmter umschrieben worden: er bezeichnet die in der naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre wurzelnde Weltanschauung, die jedes jenseit der sichtbaren Welt liegende Sein leugnet und besonderen Nachdruck darauf legt, daß auch der Mensch keine Ausnahmestellung in der Welt einnimmt, sondern als Glied des Naturganzen den Gesetzen desselben unterworfen ist.

„Romanowski". Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß die russischen Monarchisten auf einer in Sibirien veranstalteten Zusammenkunft die russische Krone ausgeboten und „Romanowski", ein Mitglied der entthronten Zarenfamilie, zum künftigen Zaren ausersehen hätten. „Romanowski" ist aber nichts anderes als das Eigenschaftswort zu dem Hauptwort Romanow, in diesem Falle ein von einem früheren Zaren verliehener Eigenname für eine Familie, die nur in losem verwandtschaftlichem Verhältnis zu den Romanows, dem ehemaligen russischen Herrscherhause, steht. Die „Romanowski" stammen aus Frankreich: ihr Ahnherr ist ein Beauharnais, der um die Wende des 14. Jahrhunderts lebte. Die Witwe eines Mitgliedes dieser Familie, Beauharnais, die in der Nähe von Orleans begütert war, wurde die erste Gattin Napoleons I.: es war die berühmte Josephine Beauharnais. Ihr aus erster Ehe geborener Sohn Eugène wurde französischer Prinz und von seinem kaiserlichen Stiefvater adoptiert. Er führte außerdem den erblichen Titel eines Herzogs von Leuchtenberg und Fürsten von Eichstätt. Ein Enkelsohn dieses Eugène Beauharnais wurde 1852 unter Beifügung des Namens Romanowski in den erblichen russischen Fürstenstand erhoben; seine Nachkommen führen den Titel Kejäs (Fürst) und Kejaginja (Fürstin) Romanowski, Herzog und Herzogin von Leuchtenberg. Der jetzt zum Zaren ausersehene Romanowski ist der 1881 geborene Fürst Alexander Georgjewitsch Romanowski, der unter dem alten Regime Husaren-Rittmeister und Flügeladjutant des Zaren war. Seine Stiefmutter ist eine Tochter des ehemaligen Fürsten Nikolaus (Nikita) von Montenegro. Ihre Ehe mit dem Fürsten Georgij Maximilianowitsch Romanowski wurde 1906 durch Entscheidung des Heiligen Synods geschieden. Wenige Monate später vermählte sie sich in der Krim mit dem vielgenannten Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, auf den sie stets großen politischen Einfluß ausgeübt hat.

Nachwirkungen des Krieges. Auch in der Schweiz, die ja am Kriege nur mittelbar beteiligt war, häufen sich seit einiger Zeit die Ehezwiste und Ehescheidungen in einer ungewohnten Weise. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Leute, die irgendwie Nachwirkungen der Kriegszeit zu verspüren haben. Die Ehemänner, die aus dem Kriege oder auch bloß aus der langen Grenzbesetzungszeit zurückkehren, verstehen in vielen Fällen ihre Frauen nicht mehr oder umgekehrt. Man ist innerlich unzufrieden, und will sich nicht mehr kennen. Die Frauen klagen in den meisten Fällen über das rohe Verhalten und Auftreten der Ehegatten, auch über einen leichten Lebenswandel, wie er vor dem Kriege nicht zu beobachten gewesen sei. Ähnliche Vorwürfe gehen auch an die Adressen der Ehegattinnen, denen die Zufriedenheit, die Beständigkeit und auch die eheliche Treue abhanden gekommen sein soll. Die Zahl jener Ehefrauen, deren Herz nicht mehr mit allen Fasern an dem angetrauten Gatten und an der Familie hängt, soll recht groß sein. Die Geschäftsstelle des Frauenschutzes in St. Gallen hat hierüber allerlei Interessantes festgestellt.

Ein Volk, das seinen Namen nicht nennt. Zu den noch unerforschten Gebieten der Erde gehört ein großer Teil von Mittelbrasilien. In diesem, von Urwäldern und Riesenströmen durchzogenen Lande gibt es noch heute verschiedene Indianerstämme, deren Ansiedlungen man nicht zu Gesicht bekommen kann, und von denen man bis jetzt überhaupt nur durch andere Stämme Kunde erhalten konnte. Unter diesen Völkern, die, durch undurchdringlichen Urwald von ihren Nachbarstämmen getrennt, ein fast ganz verstecktes Dasein führen, sind nun besonders die Tapirapé-Indianer zu nennen, die zwischen dem Rio Tapirapé und dem Rio Naja ihre Wohnsitze haben. Nach Berichten des Forschers Kissenberth, der vor einiger Zeit den Versuch machte, in die geheimnisvolle Wildnis vorzudringen, sind sie wahrscheinlich als Reste des von den Portugiesen im 18. Jahrhundert versprengten Indianerstammes Tupi anzusehen. Ihr Gebiet liegt so versteckt, daß selbst Nachbarstämme es nur vom Hörensagen zu kennen scheinen. Höchst seltsam ist es nun, daß es absolut nicht möglich ist, von den Tapirapé zu erfahren, wie sie sich selbst nennen, da der Name Tapirapé nur eine Art Spitzname zu sein scheint, den ihnen andere Indianerstämme beigelegt haben (vielleicht, weil sie eifrige und geschickte Tapirjäger sind), und sicher nicht ihren wirklichen Stammesnamen darstellt. Auch ihre persönlichen Eigennamen halten sie geheim, indem sie es als unsittlich bezeichnen, ihren eigenen Namen auszusprechen. Nur ein anderer darf den Namen nennen, niemals aber der Besitzer selbst.

Versandhaus Globus, Altona, Elbe, Nr. 946.

Am **Donnerstag**, den 30. d. M., findet im Gemeindesaal abends 8 Uhr

eine Generalversammlung

für die Mitglieder des

Ev. Diakonievereins

statt.

Tagesordnung:
1) Ergänzungswahl des Vorstandes.
2) Neuwahl eines Schriftführers.

Der Vorsitzende Störmer.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer, Breslau V**, Schweidnitzer Stadtgraben 16, Telephon 6399.

Gasthof „Zur Sonne".

Sonntag, den 26. Oktober d. J., großer

öffentlicher Tanz,

wozu freundlichst einladet

H. Kremser. Auras.

Gasthaus „Zur Krone" Auras.

Sonntag, den 26. Okt. 1919:

Große Theatervorstellung

(bunte Bühne).

Anfang 7 Uhr. Einlaß 6 Uhr.
Beginn des Konzerts 6½ Uhr.

Bettnässen

auch **nervöse Blasenschwäche** 2c. wird beseitigt durch bewährtes **kombiniertes Verfahren** bei beiden Geschlechtern. Verlangen Sie kostenlos Prospekt u. geben Sie Alter u. Geschlecht an. **Dr. med. Eisenbach, München**, Schwanthalerstr. 43/A 89

Die nächste Mütterberatungsstunde in Auras findet am Freitag, den 31. Oktober, nachm. von 3—4 Uhr im Rathaus statt.

Bei Einkäufen, welche auf Grund der in diesem Blatt enthaltenen Inserate gemacht werden, bitten wir, sich stets auf dieses zu berufen. Die Expedition.

Landwirtsch. Verein Auras.

Sonntag, den 26. Okt. 1919, nachm. 4 Uhr:

Versammlung

im Gasthause bei **Kremser**.

Vortrag des Herrn Landw.-Lehrer **Knoch** über **Viehzucht**.

Der Vorstand.

Breslauer Marktpreise vom 20. Oktober 1919.

Marktpreise für Getreide.

1. Weizen (1919er Ernte)	45,00	f. 100 kg
2. Roggen (1919er Ernte)	40,00	„
3. Hafer (1919er Ernte) im freien Verkehr	—,—	„
4. Gerste (1919er Ernte)	40,00	„
5. Winterraps	—	„
6. Viktoriaerbsen (beste Qualität)	80 00	„
7. Kocherbsen (beste Qualität)	78,00	„

Marktpreise, festgestellt von der Marktnotierungskommission, für Heu und Stroh per 100 Kilogramm.

Heu 32 35 M.; Stroh: Langstroh (Richtstroh, Flegeldrusch) 15—16 M.; Preßstroh 12 - 13 M.; Krummstroh 10—11 M.

Produktenbericht. Am heutigen Markte machte sich der Mangel in Hafer recht fühlbar, die Stimmung war wesentlich fester und ist 60—62 M. per 50 Kilogramm zu notieren.

Kleesaaten: Rotklee fest. Weißklee fest Gelbklee fest. Inkarnatklee fest. Timothy fest. Serradella fest. Raygras fest — Hülsenfrüchte: Erbsen fest. Peluschken fest. Pferdebohnen begehrt. Lupinen fester, Saatware 28—30 M. Futterware 17—22 M. Vicia villosa gefragt, 125—140—170 M., alles per 50 Kilogramm.

Ware.	Militsch, 16. 10.		Neiße, 18. 10.		Batschkau, 16. 10.	
100 Kilo Weizen	45,—	—	45,—	—	45,—	—
100 „ Roggen	4?,—	—	40,	—	4?,—	
100 „ Gerste	40 —		40,	—	40,	—
100 „ Hafer	4?,—	—	40, -	—	4?,	—
100 „ Erbsen						—
100 „ Kartoffeln	14	—	14,	—	16.—	14,—
100 „ Stroh	8 20	7,—	10	7 —	9 —	7 —
100 „ Heu	30	26,—	36 —	2?,—	20,	15,—
1 „ Butter	12 —	—	—	—	11,60	11,—
1 Mandel Eier	7,50	—	—	—	—	—

Druck und Verlag: Maretzke & Märtin, Trebnitz i. Schl. — Für den Inhalt verantwortlich: Felix Maretzke, Trebnitz.